

Einwohnerratssitzung 2007/2008
Protokoll Nr. 2

Sitzungsdatum Donnerstag, 8. November 2007
Sitzungszeit 13:30 Uhr bis 19:15 Uhr
Ort Pilatus-Saal, Luzernerstrasse 15, Kriens

Protokoll Alexandra Renggli
Direktwahl 041 329 63 03

9. November 2007

Anwesend	Präsident	Brunner Joe
	Einwohnerrat	28 Mitglieder Camenisch Räto (ab 13:40 Uhr) Lanz Susanne (bis 18:45 Uhr) Morf Gilles (bis 18:30 Uhr) Müller-Huber Ursula (bis 18:45 Uhr)
	Gemeinderat	5 Mitglieder
	Gemeindeschreiber	Lang Robert Solari Guido
	Protokoll	Renggli Alexandra Burkhart Petra (ab 15:00 Uhr) Lussi Anja (bis 15:15 Uhr)
Entschuldigt	Einwohnerrat	Maldonado Jennifer

Traktanden

- | | | | |
|------|---|------------|-----------|
| 1. | <u>Vereidigung</u> von Louis Rey (SVP) | | Seite 64 |
| 2. | <u>Mitteilungen</u> | | Seite 64 |
| 3. | <u>Wahl</u> eines Mitgliedes in die Sozial- und Gesundheitskommission | | Seite 64 |
| 4. | <u>Bericht und Antrag</u> : Ersatzwahl eines Gemeindedelegierten in den Zweckverband öffentlicher Agglomerationsverkehr (ÖVL) für die restliche Legislaturperiode 2004 - 2008 | Nr. 216/07 | Seite 65 |
| 5. | <u>Bericht und Antrag</u> : Finanzplan 2008-2012 | Nr. 215/07 | Seite 65 |
| 6. | <u>Bericht und Antrag</u> : Voranschlag 2008 | Nr. 214/07 | Seite 80 |
| 6.1. | <u>Motion Meyer</u> namens der CVP/JCVP-Fraktion: Mehr Aktualität und Transparenz bei den Gemeindefinanzen
<i>Antrag Gemeinderat: Entgegennahme</i> | Nr. 200/07 | Seite 80 |
| 6.2. | <u>Motion Luthiger und Mitunterzeichnende</u> : Die Krienser Gemeindebibliothek braucht mehr Raum
<i>Antrag Gemeinderat: Entgegennahme</i> | Nr. 182/07 | Seite 94 |
| 6.3. | <u>Motion Heiz</u> namens der SVP-Fraktion: Senkung der Kehricht-Grundgebühr pro Haushalt
<i>Antrag Gemeinderat: Entgegennahme</i> | Nr. 187/07 | Seite 99 |
| 6.4. | <u>Motion B. Bienz und Mitunterzeichnende</u> : Wiederaufnahme des Energieförderprogramms mit Speisung von Fr. 100'000.00 aus dem Gewinn des GKLU
<i>Antrag Gemeinderat: Entgegennahme</i> | Nr. 197/07 | Seite 101 |
| 7. | <u>Motion Piazza</u> namens der CVP/JCVP-Fraktion: Realisierung von E-Government und bürgernahe Verwaltung in Kriens
<i>Antrag Gemeinderat: Entgegennahme</i> | Nr. 165/06 | Seite 109 |
| 8. | <u>Interpellation Kunz</u> namens der CVP/JCVP-Fraktion: Cablecom
<i>Schriftliche Beantwortung</i> | Nr. 175/07 | Seite 115 |
| 9. | <u>Interpellation Baumann und Mitunterzeichnende</u> : Lärmiger Nachtverkauf an der Gallusstrasse
<i>Schriftliche Beantwortung</i> | Nr. 191/07 | Seite 120 |

Neueingänge

- Nr. 218/07 Interpellation Piazza namens der JCVP: Wie geht' s weiter mit der Badi Kriens?
Eingang: 21.09.2007
- Nr. 219/07 Postulat Baumgartner namens der CVP/JCVP-Fraktion: Verbesserung des Busverkehrs
Eingang: 24.09.2007
- Nr. 220/07 Motion Morf namens der CHance21: Die Zeit ist reif für einen Schnellbus
Eingang: 28.09.2007
- Nr. 221/07 Interpellation Thalman namens der SVP: Willkürliche Anwendung von Umweltschutzvorschriften in Kriens
Eingang: 15.10.2007
- Nr. 222/07 Bericht und Antrag: Abrechnung Qualitätssicherstellung auf Krienseregg / Sanierung Zone Sonnenberg/Kreuzhöhe
- Nr. 223/07 Bericht über die Zukunft der gemeindeeigenen landwirtschaftlichen Liegenschaften
- Nr. 224/07 Interpellation Koch namens der SVP-Fraktion: Unverhältnismässige Parkplatzbewirtschaftung ausserhalb des Siedlungsgebietes
Eingang: 26.10.2007
- Nr. 225/07 Motion Morf namens der CHance 21: Alters- und Behindertenleitbild für Kriens
Eingang: 05.11.2007

Einwohnerratspräsident Joe Brunner begrüsst - pünktlich wie die SBB - zur heutigen Sitzung. Speziell willkommen geheissen wird Louis Rey (SVP), neues Mitglied des Einwohnerrates, als Nachfolger von Rolf Hager. Die Vereidigung wird gleich anschliessend vorgenommen, damit der Einwohnerrat wieder komplett ist.

Das Ratsdebüt gibt auch Gemeindeschreiber Guido Solari, welcher heute bereits etwas Ratsatmosphäre schnuppert. Offiziell wird er dem Einwohnerrat an der Sitzung vom 29. November 2007 vorgestellt und willkommen geheissen, gleichzeitig wird dann auch Gemeindeschreiber Robert Lang verabschiedet, welcher Ende Jahr in Pension geht.

Ebenfalls werden Fritz Lehmann als Vertreter der Neuen Luzerner Zeitung begrüsst und die Zuschauenden willkommen geheissen. Es ist ein freudiges Bild, Leute auf der Tribüne zu sehen.

Jennifer Maldonado hat sich krankheitshalber für die heutige Sitzung entschuldigen lassen.

1. Vereidigung von Louise Rey (SVP)

Louis Rey, als Nachfolger von Rolf Hager, wird durch das Ablegen des Eides offiziell im Einwohnerrat aufgenommen. Mit Applaus wird er in den Reihen des Einwohnerrates Kriens als neues Mitglied willkommen geheissen.

2. Mitteilungen

Am 31. Oktober 2007 starb im Alter von 85 Jahren Ernst Baer. Mit ihm ist ein alter Kämpfer verstorben, welcher dem Einwohnerrat vom 1. Januar 1979 bis 30. Juni 1987 als Mitglied der SP und der Baukommission sowie von 1979-1983 dem Grossrat angehört hat. Der Einwohnerrat erhebt sich für eine Gedenkminute.

Ein sensationelles Ergebnis haben die Wahlen 07 ergeben. Kriens ist mit Yvette Estermann neu im Nationalrat vertreten. Im Stöckli sitzt neu ein Krienser mit Konrad Graber. Einwohnerratspräsident Joe Brunner hat im Namen des Einwohnerrates den beiden zu diesem Erfolg gratuliert und ihnen viel Spass und politischen Durchhaltewillen gewünscht.

Nicht nur die Grünen in Bern haben zugelegt, nein am 3. Oktober 2007 gab es Gewinne auch in Kriens. Joe Brunner teilt mit, dass Susanne Lanz stolze Mutter und Erich Tschümperlin stolzer Vater vom gemeinsamen Kind mit dem Namen Marcel geworden sind. Ein Präsent vom Rat konnte bereits überreicht werden.

Geburtstage mit einer Null am Schluss sind runde Feste. Nicole Nyfeler konnte am 5. November einen runden Geburtstag feiern. An dieser Stelle wird ihr herzlich gratuliert.

3. Wahl eines Mitglieds in die Sozial- und Gesundheitskommission

Der Vorsitzende erklärt, dass infolge Todesfalls von Rolf Hager ein neues Mitglied in die SGK zu wählen ist. Die Wahlergebnisse zeigen folgendes Bild:

Wahlergebnis SGK

ausgeteilte Stimmzettel	29
eingegangene Stimmzettel	29
leere Stimmzettel	0
ungültige Stimmzettel	0
gültige Stimmzettel	29
absolutes Mehr	15

Stimmen erhielt und ist somit gewählt: Louis Rey mit 29 Stimmen

4. Bericht und Antrag: Ersatzwahl eines Gemeindedelegierten in den Zweckverband öffentlicher Agglomerationsverkehr (ÖVL) für die restliche Legislaturperiode 2004 – 2008 Nr. 216/07

Der Vorsitzende erklärt, dass als Ersatz von Bruno Achermann ein Gemeindedelegierter/eine Gemeindedelegierte in den ÖVL zu wählen ist. Die Wahlergebnisse zeigen folgendes Bild:

Wahlergebnis ÖVL

ausgeteilte Stimmzettel	29
eingegangene Stimmzettel	29
leere Stimmzettel	0
ungültige Stimmzettel	0
gültige Stimmzettel	29
absolutes Mehr	15

Stimmen erhielt und ist somit gewählt: Paul Winiker mit 29 Stimmen

5. Bericht und Antrag: Finanzplan 2008-2012 Nr. 215/07

Einwohnerratspräsident Joe Brunner begrüsst zu diesem Traktandum Franz Bucher der Finanzabteilung Kriens als Fachexperten, welcher zu Fragen Auskunft geben kann.

Stefan Meyer namens der FGK hält fest, dass dem Finanz- und Aufgabenplan eine lange Arbeitsphase vorangegangen ist und dieser das Ergebnis aufwändiger und intensiver Auseinandersetzung mit der finanziellen Zukunft ist. Bei den Kommissionsmitgliedern löste der Finanzplan erschrockene Verweigerung, Besorgnis, routinierte Gelassenheit, Bankrottstimmung und relativierenden Optimismus aus.

Entscheidend ist der Einfluss der Parameter und wichtig ist das Basisjahr, welches der Kalkulation zu Grund liegt. Trotz der Ungewissheiten ist eine bestmögliche Annäherung gelungen. Es wurde Bestmögliches getan, um den Finanzplan zu entwickeln.

Positiv wird vermerkt, dass Mängel von früheren Finanzplänen behoben wurden. Der Gemeinderat hat kaum Äusserungen zu den zu ergreifenden Massnahmen gemacht, dafür eine Auflistung, welche aber nicht mit Zahlen präzisiert wurde. Die Darstellung in summarischer Form ohne betragliche Gewichtung ist als Fortschritt und guter Ansatz zu würdigen.

Es ist eine Diskussion entstanden, wie das Ziel vom ausgeglichenen Budget 2009 erreicht werden soll. Die Massnahmen müssen bald ergriffen werden, und der Gemeinderat muss entsprechend informieren. Steigerung der Attraktivität, Einbettung der Investitionsvorhaben Zentrum, Sportanlagen, Senkung des Steuerfusses sowie Ausfinanzierung der Pensionskasse - in diesem Spannungsfeld sind Erwartungen vorhanden.

Fazit: Der Finanzplan gilt als Trend und niemand hat Freude daran. Es könnte jedoch schlimmer sein. Es stehen die Umsetzung der Massnahmen mit finanziellen Konsequenzen

an. Desinvestitionen, Investitionen und Steuersenkungen sind auf die richtige Reihe zu bringen.

Gemäss Franz Baumann wurden in der Baukommission die baurelevanten Daten diskutiert und es gibt keine weiteren Bemerkungen zum Finanz- und Aufgabenplan. Die Baukommission wurde genügend informiert und der Finanz- und Aufgabenplan wird zur Kenntnis genommen.

Susanne Lanz namens der SGK informiert, dass an dieser wichtigen SGK-Sitzung nur 3 der 5 Mitglieder des Einwohnerrates teilnehmen konnten. Sie bedauert dies, da die gestellten Fragen nebst Peter Prinz auch durch Hansjörg Weber und Kurt Mathis sehr kompetent und ausführlich beantwortet wurden und so sicher Fragen innerhalb der Fraktionen durch die SGK-Mitglieder geklärt werden konnten.

Grundsätzlich wird der neue Finanz- und Aufgabenplan mit der Auslegeordnung und dem Massnahmenplan als sehr erfreuliches Arbeitsinstrument wahrgenommen. Bei den SGK-Mitgliedern herrschte aber aus unterschiedlichen Gründen keine grosse Freude, sei es wegen der Verschuldung, wegen erneuten Rückstellungen von Sanierungen oder weil die Forderungen des Personalverbandes nicht erfüllt werden.

Auf Grund der von aussen vorgegebenen Fakten der neuen Kostenverteilung durch die Finanzreform und der Steuergesetzrevision wurde der vorliegende Voranschlag aber schlussendlich von allen Anwesenden zustimmend zur Kenntnis genommen.

Patrick Koch namens der UNK verzichtet auf ein Votum.

Wie Matthias Senn namens der VBK erläutert, hat die VBK dieses Jahr beim Finanz- und Aufgabenplan relativ wenig diskutiert, sondern sich mehr über einzelne Projekte und Vorhaben orientieren lassen. Aus den behandelten Geschäften des Präsidialdepartements, vor allem Personal und Bildung, gibt es folgende Feststellungen:

- Die Einführung der Tagesschule ist im Finanzplan budgetiert, nicht aber im Voranschlag 2008, weil der Start erst 2009 erfolgen soll.
- Massnahmen für eine neue Annuitätslösung der Unterdeckung der Pensionskasse sind nicht budgetiert.
- Beim Aufwand für die Bildung ist langfristig wegen rückläufiger Schülerzahlen mit einem Rückgang zu rechnen.

Paul Winiker hält fest, dass bereits einiges gesagt wurde. Der Finanz- und Aufgabenplan dient als Arbeitsinstrument und entspricht keiner fixen Planung. Er gilt als Trendmeldung und es sind grosse Unsicherheiten vorhanden. Der Finanz- und Aufgabenplan basiert auf dem Budget 2008, welches ein Defizit aufzeigt. Wenn die Grundbasis auf einem Defizit beruht, wird weiter mit einem schlechten Ergebnis für die Zukunft gerechnet werden müssen. Die Belastungen, welche beschlossen wurden oder mit grosser Wahrscheinlichkeit eintreten werden, wurden eingerechnet.

Paul Winiker erläutert anhand von Folien über das Eintreten der grössten Veränderungen:

Hauptmerkmale und Übersicht

Der Finanzplan 2008 bis 2012 wird wesentlich beeinflusst durch folgende Veränderungen:

- Weitere Steuerausfälle infolge Steuergesetzesrevision (Reduktion Vermögenssteuer ab 2009, Unternehmungssteuerreform ab 2010)
- Ungünstige Auswirkungen von Finanzreform und Finanzausgleich, jedoch grosse Unsicherheiten in der genauen Tragweite
- Hohe Investitionen durch Projekt Zentrumsentwicklung, Investitionsspitze im 2010

Entwicklung laufende Rechnungen ohne Massnahmen (in 1'000 Franken)

2008 B	2009 P	2010 P	2011 P	2012 P
-1'755	-3'109	-4'117	-4'530	-3'342

- Die Summe der Fehlbeträge in den folgenden 5 Jahren beträgt 16.853 Mio. Franken.
- Vorgesehene Desinvestitionen (Teiggi, Gemeindehausareal) führen zu Verbesserungen von 6.0 Mio. Franken.
- Fehlbetrag nach geplanten Desinvestitionen 10.853 Mio. Franken.

Grundlagen der Planung

Eingabe Einflussfaktoren / Plangrössen	Finanzplanjahre			
	2'009	2'010	2'011	2012
Personalaufwand	1.20%	1.20%	1.20%	1.20%
Teuerung, Sachaufwand/Entgelte	1.20%	1.20%	1.20%	1.20%
Steuerfuss	2.00	2.00	2.00	2.00
Wachstum der Steuerkraft	3.25%	3.25%	2.50%	2.50%
Wohnbevölkerung	26'000	26'000	26'000	26'000
Zinssätze (für Neukredite)	3.50%	3.50%	3.50%	3.50%

Auswirkungen der Kantons- und Bundespolitik

Von 2008 bis 2012 haben folgende Projekte/Gesetze des Bundes bzw. des Kantons Einfluss auf den Finanzplan:

- Die Kantonale Steuergesetzesrevision reduziert die Einnahmen aus Gemeindesteuern ab Budget 2008 und in Folgejahren um 6.2 Mio. Franken, die Halbierung der Vermögenssteuer ab 2009 um jährlich 2.5 Mio. Franken und die Unternehmenssteuerreform ab 2010 um jährlich 1.8 Mio. Franken.
- Finanzreform 08 und Finanzausgleich (NFA) führen zu zusätzlichen jährlichen Belastungen von 0.3 Mio. Franken ab 2009. Die effektiven Auswirkungen der zahlreichen Veränderungen ab Budgetjahr 2008 sind mit grossen Unsicherheiten behaftet.

- Bildung: Die Nettokosten in der Planrechnung nehmen aufgrund abnehmender Schülerzahlen ab (Reduktion bis 2012 um 1.2 Mio. Franken), obwohl für das Projekt Tagesschule ab 2009 Beträge von 65'000 bis 345'000 Franken vorgesehen sind.

Nicht berücksichtigt wurden Projekte oder Gesetzesänderungen, die zwar in Planung sind, deren Auswirkungen aber ungewiss oder noch nicht entschieden sind, zum Beispiel:

- Zusätzliche Belastungen aus dem öffentlichen Verkehr.
- Einführung Basisstufe und Integration Kleinklassen.
- Zusätzliche Kosten aus der Neuordnung der Pflegekosten.

Entwicklung der Gemeindesteuern

2008 B	2009 P	2010 P	2011 P	2012 P
60'700	62'673	64'710	66'327	67'986

- Solides Wachstum von 3.25% bis 2010, danach 2.50%.
- Unsicherheit über die Auswirkungen der Steuergesetzesrevision und damit der Basis der Gemeindesteuern im Jahre 2008.

Laufende Rechnung (in 1'000 Franken)

	2008 B	2009 P	2010 P	2011 P	2012 P
Total Aufwand	152'458	153'059	155'054	157'793	158'981
Total Ertrag	150'703	149'950	153'937	156'263	155'639
Ergebnis	-1'755	-3'109	-1'117	-1'530	-3'342

- Bei den Ergebnissen sind geplante Desinvestitionen von je 3 Mio. Franken in den Jahren 2010 und 2011 eingerechnet.

Investitionsrechnung (in 1'000 Franken)

	2008 B	2009 P	2010 P	2011 P	2012 P
Brutto-Investitionen	7'010	10'410	20'200	8'700	14'000
Investitions-Einnahmen	2'450	2'450	2'450	2'450	2'450
Netto-Investitionen	4'560	7'960	17'750	6'250	11'550

- Investitionsspitze im 2010 wegen Zentrums-Realisierung.
- Investitionsschwerpunkt 2012 mit Seewasserwerk und Sanierung Grossfeld.

Beurteilung

7.1. Finanzstrategie Gemeinderat

Der Gemeinderat hat aufgrund von Auslegeordnung und Perspektiven aus dem Finanzplan 08-12 die Finanzstrategie beschlossen:

- Durch ein Massnahmenbündel muss ab 2009 wieder eine ausgeglichene Rechnung resultieren.
- Eine Neuverschuldung für Jahrhundertprojekte (Zentrumsplanung, Heime etc.) bis zu 25 Mio. Franken wird in Kauf genommen.
- Potenzial schaffen für Steuersenkungen

7.2. Aufträge des Einwohnerrates an den Gemeinderat

- Die Motion "Sparpotential durch Zusammenarbeit mit Agglomerations-Gemeinden" wurde überwiesen.
- Auftrag des Einwohnerrates betreffend Auslegeordnung gemäss Bemerkung zum Finanzplan 2007 bis 2011

7.3. Massnahmenplan 2008 – 2012

Der Gemeinderat hat in der Klausur Massnahmen bzw. Überprüfungen beschlossen, die zu Projekten mit konkreten Zielsetzungen bezüglich

- Kosteneinsparungen/Ertragsverbesserungen bzw.
- Investitionsreduktionen/Desinvestitionen führen sollen.

7.3.1 Allgemeines

- Überprüfung Zentrums-Realisierung unter Berücksichtigung Kulturstättenplanung (Optimierung der Investitions- und Kostenplanung)
- Überprüfung Auswirkungen Finanzreform 08
- Entscheid Ausfinanzierung Pensionskasse
- Weiterbearbeitung bzw. Priorisierung Zusammenarbeitsprojekte (Motion Nr. 106) nach Planungsbericht Fusion
- Überprüfung Gebühren/Tarife
- Departementsreform mit Zielsetzung Effizienzsteigerung
- Kundenfreundliche Prozesse durchsetzen

7.3.2 Bildung

- Entscheid Einführung Tagesschule
- Überprüfung Klassenbestände
- Überprüfung Schulraumplanung als Grundlage für die weiteren Sanierungen Schulanlagen (inkl. Benützung Schulanlagen für Brückenangebot)
- Prüfung der Schliessung von gemieteten Kindergartenlokalen
- Verhandlung mit dem Kanton über den Kostenverteiler in der Bildung

7.3.3 Soziales

- Punktuelle Überprüfung von vermuteten Missbräuchen mit externer Hilfe
- Lancierung des Projektes „Berufliche und soziale Integration“ zusätzlich zu den Arbeitslosenprojekten

- Überprüfung und Standortbestimmung Verwandtenunterstützung und Rückerstattung ehemaliger Klienten
- Prüfen Kostenbeiträge Vormundschaft

7.3.4 Heime

- Zwischennutzung Grossfeld sichern
- Deckungsbeitrag der Heime von mind. 1.5 Mio. Franken jährlich
- Überarbeitung des Leistungsauftrages
- Benchmark mit Heimen der Agglomerationsgemeinden
- Alternative Bauherrenmodelle prüfen für Modernisierung/ Umnutzung Grossfeld

7.3.5 Spitex

- Leistungsvereinbarung neu verhandeln
- Synergien mit Heimen prüfen (Bedarfssteuerung)
- Verhandlung Tarif mit santésuisse ZS (via VLG, Spitexverband)
- Leistungs-/Kostenvergleich (inkl. Kostendeckungsgrad)
 - Ø Hauswirtschaftsdienst
 - Ø Obligatorische Leistungen

7.3.6 Desinvestitionen und Kostenoptimierung gemeindeeigener Liegenschaften

- Kostenoptimierung und Überprüfung (Horwerstrasse 1 und 8)
- Prüfung Veräusserung Parzelle Mattenhof
- Wiedererwägung Verkauf Bauland Unter-Meiersmatt

7.3.7 Wachstumsimpulse

- Umsetzung Zentrumsprojekte
- Neuansiedlung von Gewerbe (Schappe, Schlund) fördern und Kundenpflege
- Schaffung von neuem Wohnraum inkl. Zonenplan Änderungen prüfen

Die Auswirkungen der beschlossenen Massnahmen sind noch offen und sollen gesamtheitlich dargestellt werden (in 1'000 Franken)

Jahr	Laufende Rechnung*	Desinvestition	Aufwand-Reduktionen / Verbesserungen	Zusätzliches Wachstum	Resultat nach Verbesserungen + Desinvestitionen
2008	-1'755				
2009	-3'109				
2010	-4'117	3'000			
2011	-4'530	3'000			
2012	-3'342				

* ohne Desinvestitionen

Rolf Bättig namens der FDP-Fraktion betont, dass es sich bei dem Finanz- und Aufgabenplan um eine Erstaussage handelt. Sie ist zwar noch nicht ganz fertig, aber erste Schlüsse lassen sich ziehen. Er dankt den Erstellern vorab herzlich für ihre Arbeit.

Die aufgezeichnete Auslegeordnung und der resultierende Massnahmenplan sollen das Vertrauen des Einwohnerrates, aber auch das Verhalten der Exekutive beeinflussen. Der Massnahmenplan soll/muss als Leitplanke dienen und Leitplanken scheinen dringend nötig, sonst wird das Trassee der schwarzen Zahlen verlassen. Die Gemeinde Kriens läuft Gefahr, über ihre Verhältnisse zu leben. Die laufende Rechnung zeigt eine dramatische Entwicklung für die kommenden Jahre, fehlen doch rund 11 Mio. Franken bis ins Jahr 2012.

Der Handlungsbedarf auf der Ausgabenseite ist dringend gegeben. Es hat nun angesichts der vorliegenden Zahlen wirklich keinen Platz mehr für „nice to have“-Wünsche. Das „need to have“ muss auch den Kriensern genügen. Rolf Bättig denkt, dass der Wille zur Umsetzung heute Nachmittag beginnt.

Im Kapitel 3 „Auswirkungen der Kantons- und Bundespolitik“ werden nur Risiken aufgezeigt. Gibt es denn unter diesem Gesichtspunkt wirklich keine Chancen? Normalerweise gilt es doch im Rahmen einer Analyse die Chancen und Risiken zu beurteilen und auch auf deren Wahrscheinlichkeit hin zu überprüfen. Betrachtet man nur die Risiken, so führt das zur Schwarzmalerei. Dieses Kapitel ist sicherlich zu überprüfen respektive zu überarbeiten.

Im Kapitel 5, „Entwicklung in den einzelnen Departementen“, steht auf Seite 19: Mittelfristig ist für die Buslinie 31 eine Busspur im Abschnitt Arsenal/Nidfeldstrasse zu realisieren. Angesichts der Frequenzen auf der Linie 31 scheint diese Busspur nun wirklich nicht vordringlich zu sein.

Nun zur Beurteilung: Der auf Seite 15 aufgezeigte Finanzstrategie des Gemeinderates stimmt die FDP-Fraktion zu und sie wird von ihr mitgetragen. Es braucht aber sehr griffige Massnahmen - und dies nicht nur im Einnahmenbereich, sondern vor allem im Ausgabenbereich - um diese Strategie zu verwirklichen. So müssen beispielsweise Strukturen konsequent und kritisch überprüft werden und allfällige Wasserköpfe sind abzubauen.

Die Bewertungsmatrix ist zur Zeit noch offen – die FDP-Fraktion ist gespannt, wie sich die Matrix ausgefüllt präsentiert.

Die FDP nimmt den vorliegenden Finanz- und Aufgabenplan auf Grund der Zahlen ablehnend zur Kenntnis. Sie hilft aber beim Sparen, auch wenn es politisch unbequem ist und – sie beginnt heute! Wie schon gesagt: Die Messlatte liegt bei „need to have“ - und Benchmarks soll es nicht nur bei der Legitimation von Ausgaben geben, sondern auch bei den Einnahmen.

Laut Ursula Müller namens der CVP/JCVP-Fraktion wurde der Gesamteindruck zum Finanz- und Aufgabenplan mit „ernüchternd“, „Besorgnis erregend“ und „desillusioniert“ beschrieben.

Der vorliegende Finanzplan zeigt die mittel- und längerfristigen finanziellen Perspektiven der Gemeinde auf. Daraus ist zu lesen, was beabsichtigt ist, wohin die Gemeindegelder fließen, wohin der Weg geht.

Aus dem Finanzplan ist zu entnehmen, dass sich die Defizite kontinuierlich erhöhen, die Verschuldung zu- und das Eigenvermögen abnimmt. Die daraus entstehende Frage lautet: Ist dafür nur die Zentrumsplanung bzw. -entwicklung verantwortlich oder sind daneben andere Strukturprobleme auszumachen?

Die daraus unvermeidlichen anstehenden und geforderten Massnahmen sind unter 7.3 erstmalig aufgeführt und angedacht. Darunter sind Gemeindeaufgaben/ausgaben, die sicherlich noch zu Diskussionen Anlass geben, obwohl zu diesen Massnahmen noch keine Zahlen geliefert werden.

Trotz den sehr grossen Investitionen. (Zentrum mit Verwaltungsgebäude, Investitionen in Kultur, Infrastruktur, Werterhaltung etc.) „ufert“ der Finanzplan über die folgenden investitionsreichen Jahre nicht übermässig aus. Das Vorhaben der anstehenden Investitionen belastet zwar die Gemeindefinanzen stark, die Verschuldung wird zunehmen und das Eigenkapital wegschmelzen.

Die Gemeinde Kriens ist gezwungen - und es muss künftig infolge der grossen, einmaligen Investitionsvorhaben gelernt werden - Planungen zu akzeptieren, die das Budget belasten und eine Mehrverschuldung zur Folge haben.

Über die Entwicklung des Steuerfusses wurde im Finanzplan keine Aussage gemacht. Er erscheint im Finanzplan über die ganze Zeit unverändert, darüber ist die CVP/JCVP-Fraktion nicht glücklich.

Die JCVP/CVP-Fraktion nimmt den Finanzplan mit Besorgnis zur Kenntnis.

Räto Camenisch namens der SVP-Fraktion meint, dass der Finanz- und Aufgabenplan das Sorgenkind der SVP ist. Er empfindet es als eine „Zahlenbeigerei,“ und bezeichnet ihn als Tristesse, welche in diesem Jahr zwar in einem anderen Gewand erscheint, d.h. also eine Entwicklung durchgemacht hat. Die Zahlen müssen aber an Massnahmen gekoppelt werden. Der Gemeinderat hat allem Anschein nach nicht Gegenmassnahmen beschliessen können oder wollen.

Für Räto Camenisch ist der Finanzplan eine Darstellung mit nur einem Bein und es sind andere Massnahmen auf nächstes Jahr erforderlich, um das Gestell wieder gerade zu stellen. In diesem Sinne stimmt er seinem Vorredner zu. So kann der Finanz- und Aufgabenplan nicht in positivem Sinne zur Kenntnis genommen werden und er wird deshalb von der SVP-Fraktion abgelehnt.

Franz Baumann namens der Fraktionen SP und Grüne kann sich nicht erinnern, dass es in den letzten zwanzig Jahren je einmal einen Finanzplan gegeben hat, der Aufbruchstimmung verbreitet hat oder der auf prächtige Zukunftsaussichten in finanziellen Belangen hingewiesen hat. Budgets und Finanzpläne haben für Kriens eines gemeinsam: Sie verbreiten keinen Optimismus. Verglichen mit den Wetteraussichten können Budgets mit starker Bewölkung verglichen werden, Finanzpläne sogar mit Unwetterwarnungen. Im Einwohnerrat sind dazu schon öfters adäquate Worte verwendet worden: „Katastrophe“ und auch heute wieder gehört „Tristesse“.

Wie die Realität aussieht, haben die letzten zwei Jahrzehnte bewiesen: Seit 1986 sind in 22 Voranschlägen insgesamt 36 Millionen Franken Defizit budgetiert worden. Die Rechnungen

der gleichen Zeitspanne haben jedoch zu Überschüssen von insgesamt 40 Millionen Franken geführt, pro Jahr also 1.9 Mio. „schwarze“ Zahlen. Die Jahresrechnungen haben also durchschnittlich 3.5 Mio. Franken besser abgeschnitten als die Budgets.

Zum Vorwurf der „Steuerhölle Kriens“ relativiert Franz Baumann, dass in den letzten zwei Jahrzehnten der Steuerfuss viermal gesenkt worden ist und einmal - 1993 - eine Steuererhöhung vorgenommen werden musste. Bis 1988 wurden 2.15 Steuereinheiten bezahlt, seit 2004 sind es 2.00 Einheiten.

Alle kennen die primäre politische Folge von so herbeigedichteten „finanziellen Katastrophen“: Der Spardruck ist enorm und die Konsequenzen treffen meist die falschen Opfer: Familien mit schulpflichtigen Kindern, Leute, die jeden Fünfer drehen müssen, bevor sie ihn ausgeben. Das Verständnis der SP/Grüne-Fraktion für ein Gemeinwesen ist wohl ein bisschen anders als für einzelne andere in diesem Saal: Kriens darf nicht nur ein Gemeinwesen für gute Steuerzahler sein, sondern muss für die Angebote die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit aller Krienserinnen und Krienser berücksichtigen.

Der jetzt vorliegende Finanzplan zeigt einen Bedarf auf, der wohl teuer ist, aber nicht luxuriös. Wenn die notwendigen Sanierungen oder Erneuerungen weiter hinausgeschoben werden, wird eine nachhaltige Entwicklung negiert und es wird Gefahr gelaufen, dass sich Kriens wirklich katastrophal entwickelt, nicht primär finanziell, sondern infrastrukturell - und das könnte irgendeinmal auch ins Katastrophale führen.

SP und Grüne sind - auf Erfahrungen basierend - optimistisch und nehmen deshalb den Finanz- und Aufgabenplan nicht resigniert zur Kenntnis.

Der Vorsitzende stellt fest, dass das Eintreten unbestritten ist und das Wort nicht mehr verlangt wird. Es wird zur Detailberatung übergegangen.

S. 16, Kapitel 7.3.1, Allgemeines, Punkt „Überprüfung Gebühren/Tarife“

Franz Baumann führt aus, dass Gebühren und Tarife die Eigenschaft haben, dass sie für alle gleich hoch sind, für Sozialhilfebezüger wie auch für Millionäre. Steuern hingegen müssen auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Steuerzahlenden Rücksicht nehmen. Er bittet den Einwohnerrat und Gemeinderat, in ihren Entscheiden immer diese „soziale Gerechtigkeit“ zu berücksichtigen und stellt den Antrag, dies mit der folgenden Bemerkung an dieser Stelle des Finanzplans zu attestieren:

„Im Bewusstsein, dass Steuern auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Rücksicht nehmen, sollen Gebühren und Tarife nicht erhöht werden, nur damit Steuersenkungen vorgenommen und Steuerausfälle (teil)kompensiert werden können.“

Robert Thalmann ergreift dagegen Opposition. Erstmals wurde ein Massnahmenplan in den Finanz- und Aufgabenplan eingebunden. Es handelt sich dabei um unverbindliche Massnahmen, welche die finanzielle Situation von Kriens verbessern sollen. Aus Sicht seiner Partei (SVP) wehrt man sich gegen erhöhte Gebühren und nicht gegen verursachergerechte Gebüh-

ren. Er ersucht, den Antrag abzulehnen - in Vorwegnahme des Gedankens des Gemeinderates und des Einwohnerrates - keine einzelne Sachen auszubrechen.

Gemäss Rolf Bättig hat Robert Thalmann die wesentlichsten Sachen gesagt, wobei konkrete Massnahmen vorliegen und dass keine einzelnen Sachen ausgebrochen werden sollen. Wenn es um Gebühren und das Verursacherprinzip geht, sind Steuern und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu berücksichtigen. Der Redner beantragt, die drei Anträge der SP abzulehnen, damit der Gemeinderat seine Strategie umsetzen kann.

Paul Winiker ist nicht der Meinung, dass man mit der Erhöhung von Gebühren/Tarife den Steuerausfall kompensieren kann. Wie von der SVP bereits gesagt wurde, die Gebühren müssen verursachergerecht sein. In einigen speziellen finanziellen Bereichen ist zu prüfen, ob diese verursachergerecht geregelt sind, ob evtl. Tarife gesenkt werden müssen. Es gibt aber auch finanzielle Bereiche, die kostentragend sein müssen.

Franz Baumann führt als Gegenargument zur Bemerkung betreffend Steuersenkung aus, dass der Druck bei einer Erhöhung von Gebühren alle gleich trifft. Es ist sozial gesehen also ungerecht, wenn jemand, der nicht viel Steuern zahlt, gleich viel an Gebühren entrichten soll. Er möchte mit dieser Bemerkung darauf hinweisen, dass man auch diesen Punkt bedenkt.

Judith Luthiger stellt fest, dass die Bemerkung ein Denkanstoss an den Gemeinderat ist. Wenn der Massnahmenplan dies berücksichtigt, wird der Gemeinderat diesen Gedanken in seine Überlegungen miteinbeziehen.

Rolf Bättig geht davon aus, dass bei dieser Zusammensetzung des Gemeinderates die Gedanken und Überlegungen in ausgewogener Form vorhanden sind.

Dem Vorsitzenden liegen keine Wortmeldungen vor. Er lässt deshalb abstimmen:

Abstimmung

Mit 18:10 Stimmen wird die Bemerkung abgelehnt.

S. 16, Kapitel 7.3.2, Bildung, Punkt „Überprüfung Klassenbestände“

Judith Luthiger beantragt, folgende Bemerkung aufzunehmen:

Im Bewusstsein, dass wir im Einwohnerrat sorgsam mit den Ausgaben umgehen müssen, dürfen die Klassen nicht regelmässig grösser werden. Es bedarf einer fundierten Abklärung bevor die Klassengrössen nach oben korrigiert werden.

Judith Luthiger weist darauf hin, dass der Einwohnerrat im Zusammenhang mit der Blockzeitendiskussion ein Bekenntnis zu den Klassengrössen gemacht hat. Bereits letztes Jahr und auch in diesem Jahr sind trotzdem die Klassengrössen gestiegen. In diesem Jahr wurde mit

einem Schülerrückgang von ca. 100 Kindern gerechnet. Der Rückgang ist nicht eingetroffen! Klassen wurden aber geschlossen. Diese Kinder sind jetzt auf die einzelnen Schulklassen verteilt. 60 % aller Klassen haben mehr als 20 Schülerinnen und Schüler. Mit dem Budget 08 steigen die Klassengrößen erneut.

Kriens liegt in punkto Klassengrößen immer noch im oberen Bereich verglichen mit den anderen Agglomerationsgemeinden. Seit Jahren wird in diesem Bereich gespart und es werden weniger Klassen als in anderen Agglomerationsgemeinden geführt. Grüne und SP sind gegen weitere Erhöhungen von Klassengrößen und wollen deshalb eine fundierte Abklärung bevor man die nächste Erhöhung beschliesst.

Räto Camenisch vergleicht die Diskussion der Klassengrößen mit der Diskussion um eine „heilige Kuh“. Die heutigen Klassengrößen entsprechen der Hälfte der Klassengröße als er seine Ausbildung gemacht hat. Der Gemeinderat muss die Freiheit haben, in Zusammenarbeit mit dem Rektorat bestimmen zu können, wie die Klassen geführt werden. Die Vernunft und das Fachwissen ist vorhanden, diese Leute haben aber auch eine Verantwortung im finanziellen Bereich. Bis jetzt wurde noch jedes Jahr eine Lösung zur Zufriedenheit der Schüler getroffen.

Helene Meyer-Jenni kann beiden Vorrednern etwas abgewinnen und dass sich der Gemeinderat zu dieser Bemerkung äussert wichtig. Daher nimmt sie zu zwei Punkten aus dem Massnahmenkatalog Stellung:

Bei der Schulhaussanierung ist geplant, die Häuser in 2 Tranchen zu sanieren. Es ist zu prüfen, wo eine Sanierung mittel- und langfristig nötig ist und wo es Schulraum braucht.

Judith Luthiger hat einen wichtigen Punkt angesprochen. Ziel ist es eine Stabilisierung der Klassen zu erreichen. Zweitens deckt sich die Einschätzung von Räto Camenisch mit der des Gemeinderates. Dieses Thema scheint zum Reizthema geworden zu sein. Man muss die Klassengrößen aber unterscheiden in Minimal- und Maximalbestände, wie dies vom Kanton vorgegeben ist.

Die Klassenbestände müssen zukünftig tiefer sein. In den letzten 10 Jahren sind die Klassenbestände stabil geblieben, d.h. auf höherem Niveau stabil. Im Agglovergleich hat Kriens in den letzten Jahren was die Klassengröße betrifft eine Spitzenposition erreicht, was natürlich nicht gerne gesehen wird.

Die Veränderung des Lehrplans, zusätzlich Aufgaben, welche die Schule zu übernehmen hat, sei dies erzieherisch, durch Blockzeiten, etc. haben massive Auswirkungen ergeben. Insgesamt wurden die Klassengrößen dieses Jahr ein wenig erhöht.

Es erfolgt eine fundierte Abklärung zuhanden des Budgets 2008. Der Sachverhalt wird überprüft und es ist ein Grundlagenbericht abzuliefern, wo die Gemeinde Kriens steht und was auf sie zukommt, welche Veränderungen im Anmarsch sind. Die Klassenbestände sind nur ein Aspekt, aber ein wesentlicher. Eine fundierte Auseinandersetzung mit diesem Thema wird nötig sein, um dem Anspruch gerecht zu werden.

Werner Baumgartner geht davon aus, dass der Gemeinderat fundiert vorgeht und nachdenkt bevor er etwas macht. Er steht hinter der Arbeit des Gemeinderates und will daraus keine heil-

lige Kuh machen. Nicht die Klassenbestände sind ausschlaggebend, sondern die Ausgaben müssen an den Schülern pro Kopf gemessen werden.

Dem Schulwesen können auch positive Sachen abgewonnen werden, wenn es auch etwas kostet. Dass es immer weniger Schüler gibt ist für die Zukunftsperspektive eine traurige Tatsache, gut aber für die Finanzen.

Pia Zeder freut sich, dass es eine inhaltliche Diskussion entstanden ist. Die Aufgaben gemäss S. 15/16 sollen nach Willen des Einwohnerrates abgesegnet werden.

Die Klassengrössen in Kriens sind bereits top und sollen nicht noch grösser werden. Die Kosten sind ein anderes Thema. Die Frage ist was grössere Relevanz hat. Es haben schliesslich nicht alle die gleichen Startvoraussetzungen in der Klasse wie Rätö Camenisch. Sie bittet den Einwohnerrat dies zu bedenken und die Kernfrage dem Gemeinderat mitzugeben, welche Massnahmen bei der Bildung beschlossen werden sollen.

Dem Vorsitzenden liegen keine Wortmeldungen vor. Er lässt deshalb abstimmen:

Abstimmung

Mit 17:11 Stimmen wird die Bemerkung abgelehnt.

S. 17, Kapitel 7.3.6 „Desinvestitionen und Kostenoptimierungen gemeindeeigener Liegenschaften“ und 7.3.7 „Wachstumsimpulse“

Bruno Bienz beantragt folgende Bemerkung aufzunehmen, welche er auch im nachstehenden Sinne begründet:

„Wiedererwägungen und Umzonungen nehmen Rücksicht auf demokratische Volksentscheide. Ebenso werden Umzonungen zugunsten neuen Wohnraums nur geplant, wenn gleichzeitig zur Lösung der Verkehrsprobleme Massnahmen vorgeschlagen werden.“

Hansruedi Kunz führt aus, dass wenn etwas vor Jahren beschlossen worden ist und erneut zur Sprache kommt er sich nicht hintergangen fühlt. Wenn die Liegenschaft Meiersmatt verkauft werden muss, ist es die Pflicht des Gemeinderates, etwas zu unternehmen und den Verkauf nochmals zur Abstimmung zu bringen.

Wenn Entscheide getroffen worden sind, welche nach Jahren wieder revidiert werden, ist es nicht nötig im Finanz- und Aufgabenplan eine solche Bemerkung aufzunehmen.

Bruno Peter erklärt, dass bei jeder Einzonungsrevision zu überprüfen ist, ob richtig eingezont wurde. Die Liegenschaft Meiersmatt ist in der landwirtschaftlichen Zone eingeteilt. Der Gemeinderat prüft von Zeit zu Zeit, ob die Einzonungen richtig sind. Auszonungen sind bei der nächsten Revision vorzunehmen. Zu berücksichtigen ist dabei das Bedürfnis der Regelung der Verkehrssituation, der Bedarf nach Umzonung, braucht es Land oder nicht, soll zersiedelt werden oder verdichtet, in die Höhe der Bauten investiert werden statt zersiedeln, dies alles muss geprüft werden. Der Kanton prüft die Einzonungen, welche vom Kanton erlassen wurden.

Das Verkehrsproblem wird laufend verbessert. In Planung sind Massnahmen Obernauerstrasse - Zentrum - Restaurant Obernau betreffend Busförderung.

Gilles Morf ist grundsätzlich erstaunt, dass darüber diskutiert wird, ob man überhaupt eine Bemerkung zum Finanz- und Aufgabenplan anbringen darf. Der Gemeinderat hat dem Einwohnerrat eine Vorlage unterbreitet. Darüber soll nun diskutiert werden können. Wenn keine Bemerkungen erlaubt wären, müsste auch gar nicht darüber diskutiert werden.

Als er "Wiedererwägung Verkauf Bauland Unter-Meiersmatt" gelesen habe, war er entsetzt und ist es immer noch. Er erinnert den Gemeinderat daran, dass das Krienser Stimmvolk am 25. September 2005 bei einer rekordverdächtigen Stimmbeteiligung von 57,6 % mit 61,5 % entschieden hat, die Unter-Meiersmatt-Wiese nicht zu verkaufen. Das Resultat war deutlich! Es gibt keinen Grund, je darauf zurückzukommen. Er ist entsetzt, dass der Gemeinderat den Volkswillen in keiner Weise respektiert und missachtet. Es wundert ihn nicht, wenn das Vertrauen in die Behörden zurückgeht. Auch hat er den Eindruck vom Gemeinderat, dass er die Niederlage noch nicht verdaut hat.

Beim Fahrtenmodell hat der Gemeinderat auch verloren (63 %, bei einer Stimmbeteiligung von 42 %). Aber es kam dem Gemeinderat nicht in den Sinn, nach zwei Jahren einen Rückkommensantrag zu stellen! Diesen Volksentscheid hat der Gemeinderat akzeptiert.

Vielleicht ist die Wiedererwägung auch eine Verzweiflungstat. Der Gemeinderat scheint darüber verzweifelt zu sein, wie er mit den Vorgaben des Kantons umgehen soll. Denn der Finanz- und Aufgabenplan 2008 - 2012, aber auch der Voranschlag 2008 zeigen deutlich, wie der Kanton mit den Gemeinden umgeht. Finanzreform, Steuerreform, Aufgabenreform, Strukturreform lauten die wichtigsten Stichworte des Kantons. Sie bringen die Fundamente einer Gemeinde kräftig ins Wanken. Dabei geht es dem Kanton nur um eines: Die neue Regionalpolitik des Bundes umzusetzen. Die Landgemeinden werden aufgegeben, alles soll sich im Grossluzern konzentrieren. Aber der erhoffte Aufschwung wird ausbleiben. Was bleibt ist eine grössere Umweltzerstörung, eine schlechtere Lebensqualität in der Grossstadt und auf dem Land und ein Abbau der Demokratie.

Zurück zum Finanz- und Aufgabenplan: Es scheint, dass der Gemeinderat sich mit diversen Aufgaben überworfen hat. Er denkt dabei insbesondere an die Zentrumsplanung. Mit der Wiedererwägung des Verkaufs der Meiersmatt-Wiese versucht der Gemeinderat, das vermeintlich schwächste Glied in der Investitionskette aufzubrechen. Aber die Rechnung geht nicht auf und wird nicht aufgehen.

Er beantragt, die Wiedererwägung des Verkaufs der Meiersmatt-Wiese unverzüglich zu streichen.

Auf Grund der vom ER-Präsidenten vorgenommenen Nachfrage zieht Gilles Morf einen Ordnungsantrag gegenüber Rolf Bättig zurück.

Das demokratische Gewissen von Räto Camenisch ist erschauert, es ist für ihn unbegreiflich zwei Jahre nach einem sonnenklaren Volksentscheid nochmals mit diesem Thema zu kommen. Die Befürworter haben verschiedene Gründe für diesen Entscheid gehabt. Er bittet den

Gemeinderat, von solchen Massnahmen abzusehen und die Liegenschaft Meiersmatt für ein paar Jahre ruhen zu lassen.

Werner Birrer ist sehr überrascht über diese Massnahme. Der Volksentscheid wird damit nicht respektiert und Anstandsfristen nicht eingehalten. Das Vorgehen ist psychologisch ungeschickt.

Von ihm aus kann an Ort und Stelle von der Gemeindepräsidentin eine Abstimmung im Gemeinderat angeordnet werden und sofort beschlossen werden, diesen Satz aus dem Finanz- und Aufgabenplan zu entfernen.

Stefan Meyer ist betreffend dem letzten Gedankengang „Schaffung von neuem Wohnraum inkl. Zonenplan-Änderungen prüfen“ entschieden der Meinung, dass das Mass für die Besiedlung erreicht bzw. bereits überschritten ist. Er schlägt ein qualitatives Wachstum vor und unterstützt das Grundanliegen der Bemerkung.

Hansruedi Kunz meint, wenn über den Finanz- und Aufgabenplan geredet wird, sollen die Ideen vom Gemeinderat weiterverwertet werden. Der Gemeinderat wird nicht etwas lancieren, was im Voraus nur scheitern kann. Wenn alles offen gelassen wird, wird kritisiert, dass keine konkreten Vorschläge da sind.

Wenn die Wiedererwägung kommt, kann der Einwohnerrat jederzeit Stellung dazu nehmen. Es ist richtig, dies im Finanz- und Aufgabenplan aufzuführen, auch wenn der konkrete Fall nicht umgesetzt werden kann.

Franz Baumann bemerkt, dass der Einwohnerrat wieder einmal über das unselige, seit ein paar Jahren bestehende Instrument namens „Bemerkungen“ diskutiert. Bemerkungen sind weder eine Forderung, noch ein Postulat, noch eine Motion, sondern sie können als Kommentar oder Augenmerk betrachtet werden. Die heute von links-grüner Seite vorliegenden Bemerkungen nehmen auf diese Zweckbestimmung Rücksicht. Das wurde, beispielsweise seitens der SVP, nicht immer so gehandhabt: Er erinnert sich an eine im Legislaturprogramm eingefügte „Bemerkung“ zur Fusionsfrage, die ganz eindeutig keine Bemerkung war, sondern eine Forderung. Eine Forderung notabene, auf die in aktuellen politischen Diskussionen immer wieder verwiesen wird, obwohl es nur eine ‚Bemerkung‘ ist. Gerade die heutige „Bemerkung“ zu Wiedererwägungen und allfälligen Umzonungen bedeuten: Obacht, hier handelt es sich um einen sensiblen Bereich, dem ein demokratischer Volksentscheid zugrunde liegt. Ebenso wird die schwierige Verkehrsfrage bei jedem Bauvorhaben von allen Fraktionen immer wieder vorgebracht. Es wäre also eine politisch völlig unbestrittene Handlung.

Bruno Bienz zum Votum von Hansruedi Kunz: Frühestens kann über eine Wiedererwägung des Verkauf des Baulandes gesprochen werden, wenn die Ortsplanung gemacht wird. Nicht jetzt wenn das Volk mit grosser Mehrheit entschieden hat.

Werner Baumgartner hält fest, dass der Finanz- und Aufgabenplan bis 2012 geht und der Verkauf der Liegenschaft Meiersmatt die nächsten zwei Jahre nicht vors Volk gebracht werden soll. Diese Massnahme ist gescheiter als andere Lösungen, evtl. kommen dann noch andere Argumente ins Spiel, z.B. keine neuen Grünflächen, Zonenplanänderung, etc.

Rolf Bättig möchte das Votum von Werner Baumgartner unterstützen. Zur Zeit wird nicht über eine erneute Freigabe der Liegenschaft Meiersmatt diskutiert. Die Aufgabe des Gemeinderates besteht darin sich Gedanken zu machen, nicht dass in zwei Jahren ein Rückkommen gefordert wird.

Der Auftrag des Gemeinderates ist es, sich Gedanken zu machen über Abwasser, Verkehrsproblem, usw., da gehen die Interessen auseinander. Für oder gegen Meiersmatt, da besteht eine ganz andere Ausgangslage. Er empfiehlt die Bemerkung zur Ablehnung wie die anderen zwei. Die politischen Hintergründe dazu sind klar.

Erich Tschümperlin merkt an, dass gewisse Leute nicht darüber diskutieren wollen. Für den Gemeinderat ist es wichtig zu wissen, was durchsetzbar ist und was nicht. Die Diskussion jetzt abzuklemmen wäre falsch.

Helene Meyer-Jenni stellt fest, dass der Finanz- und Aufgabenplan und die Erarbeitung des Budgets 2008 ist ein Gesamtwerk des Gemeinderates worüber intensiv diskutiert wurde. Eine konstruktive Auseinandersetzung ist erfolgt und der Gemeinderat steht geschlossen hinter beiden Werken.

In Bezug auf die Anmerkung von Pia Zeder müssten die Kernfragen präziser formuliert werden. Der Ansatz ist gemacht, und Helene Meyer-Jenni ist froh um die inhaltliche Auseinandersetzung. Selbstverständlich muss man den Stellenwert der Bemerkungen auch sehen und wenn diese einstimmig überwiesen werden, ist das für den Gemeinderat ein Hinweis wie es weitergehen soll.

Viktor Bienz ist es wichtig, dass Volksentscheide geachtet werden und dass Lösungen und Massnahmen für Verkehrsprobleme berücksichtigt werden.

Robert Thalmann meint, dass alle diskutieren wollen aber auch das Recht besteht, einen Antrag zu einer Bemerkung abzulehnen. Den Antrag 7.3.6/7.3.7 lehnt er ab. Dies ist ein Gesamtpaket und es macht keinen Sinn einzelne Punkte herauszubrechen. Dazu kommt eine schwammige Formulierung dieser Bemerkung.

Für Paul Winiker ist es wichtig, dass alles in den richtigen Kontext gestellt wird. Betreffend der Idee der Desinvestitionen hat Gilles Morf aus Verzweiflung gesprochen. Der Verkauf ist zur Zeit nicht aktuell.

Bei der Zentrumsrealisierung und dem Pumpwerk Mattenhof handelt es sich um grosse Beträge und es ist legitim darüber zu diskutieren, ob die Ausführung vorgenommen werden soll wenn die Projektierung vorliegt oder abgefedert werden soll, wenn keine Desinvestitionen erfolgen. Es besteht die Möglichkeit einer moderaten Verschuldung oder diese kann sich verdoppeln.

Mit der Kantonspolitik wurden die Schrauben angezogen und der Gemeinderat muss dies korrigieren. Der Gemeinderat hat die Möglichkeit Desinvestitionen aufzuzeigen. Der Entscheid

bzw. Vorentscheid liegt beim Einwohnerrat. Soll eine grosse Verschuldung in Kauf genommen werden oder Rücksicht genommen werden nachdem dieses Vorhaben 2005 abgelehnt worden ist? Er bittet darüber nachzudenken.

Dem Vorsitzenden liegen keine Wortmeldungen vor. Er lässt deshalb abstimmen:

Abstimmung

Mit 18:10 Stimmen wird die Bemerkung abgelehnt.

Ein Rückkommen wird nicht verlangt. Der Vorsitzende stellt fest, dass der Finanz- und Aufgabenplan zur Kenntnis genommen wird. Von Ablehnung bis Begrüssung und von links bis rechts sind alle Ansichten dazu vorhanden.

6. Bericht und Antrag: Voranschlag 2008

Nr. 214/07

Der Vorsitzende stellt einleitend fest, dass Franz Bucher auch zu diesem Geschäft allfällige Auskünfte erteilen wird. Die Behandlung des Voranschlages ist wie folgt vorgesehen:

- Motion von Stephan Meyer
- Eintreten zum Voranschlag 2008
- Detailberatung des Voranschlages 2008 inkl. Motionen von Judith Luthiger, Martin Heiz und Bruno Bienz
- Beschlusstext
- Abstimmung

Nachdem diesem Vorgehen nicht opponiert wird, wird die Motion von Stephan Meyer behandelt:

6.1. Motion Meyer namens der CVP/JCVP-Fraktion: Mehr Aktualität und Transparenz bei den Gemeindefinanzen

Nr. 200/07

Für Stefan Meyer ist klar, dass Prognosen immer schwierig sind, da diese die Zukunft betreffen. Je besser man aber den aktuellen Stand kennt und darüber informiert ist, wie die Realität aussieht, um so genauer kann man abschätzen, was die Zukunft bringt.

Im Voranschlag 2008 sind die Zahlen der Rechnung 2006 aufgeführt. Deshalb ist ein Bericht über den Verlauf im Jahr 2007 eine wertvolle Zusatzinformation. Bisher hat der Sprecher die Erfahrung gemacht, dass der Gemeinderat mit solchen Aussagen sehr zurückhaltend bzw. ausweichend war. Deshalb ist er um so dankbarer, dass der Gemeinderat sein Anliegen würdigen und die entsprechenden Informationen liefern will. Dies ermöglicht dem Einwohnerrat eine bessere Entscheidungsgrundlage für das Budget 2008.

Paul Winiker nimmt diese Motion gerne entgegen. Der Motionär bemerkt, dass in den vergangenen Jahren die Rechnungen oft besser abschnitten als die entsprechenden Voranschläge, die

Veränderungen seien erklecklich gewesen. Für die Budgetberatung wünscht sich der Motionär aktuelle Informationen über den Zwischenstand des laufenden Jahres im Sinne einer Vorschau, auch Forecast genannt. Diese Informationen über die laufende Rechnung im Vergleich zum Budget stellen ein zusätzliches Entscheidkriterium dar.

In den Budgetunterlagen werden wie bisher zusätzlich zum Voranschlag 2008 auch der Voranschlag 2007 und die effektiven Ergebnisse der letzten Rechnung, d.h. die Ist-Zahlen 2006 publiziert. Dies wird auch weiterhin so erfolgen. Zusammen mit dem Budget eine Vorschau des laufenden Jahres für jede einzelne Budgetposition abzugeben, wird nicht möglich sein. Doch wird der Gemeinderat inskünftig bei der Budgetberatung eine Trendmeldung (Vorschau) für das laufende Jahr machen und dem Einwohnerrat die wichtigsten Abweichungen bei den Einnahmen und Ausgaben aus aktueller Sicht präsentieren.

Damit der Einwohnerrat sieht, dass der Gemeinderat das Anliegen ernst nimmt, wird diese Motion nicht nur entgegengenommen, sondern die wesentlichen Informationen über den Stand der laufenden Rechnung 2007 werden als Vorinformation für die folgende Budgetdebatte gleich präsentiert. Deshalb wurde auch dieses Traktandum vor dem Finanzplan und dem Budget behandelt. Der Gemeinderat rechnet dieses Jahr mit einem deutlich besseren Ergebnis als budgetiert. Dies erklärt der Sprecher anhand von Folien mit folgenden Begründungen:

Höhere Steuereinnahmen

Der Gemeinderat rechnet heute mit Mehreinnahmen bei den Gemeindesteuern von rund 5.2 Mio. Franken, davon entfällt rund die Hälfte (2.5 Mio. Franken) auf Mehrertrag aus den Vorjahren. 2.7 Mio. Franken sind Mehrertrag der Steuern aus dem laufenden Jahr und Einmalsteuern. Bei den Sondersteuern (Grundstückgewinnsteuer, Handänderungssteuer, Erbschaftssteuer etc.) werden voraussichtlich rund Fr. 500'000.00 weniger als budgetiert eingenommen.

Die wichtigsten Mehraufwendungen sind:

Allgemeine Verwaltung

Die Abgeltung aus der Verlustscheinbewirtschaftung an den Kanton von Fr. 175'000.00 war nicht budgetiert. Zusammen mit übrigen Positionen resultieren Mehrkosten von total Fr. 296'000.00.

Bildung

Höhere Kosten der Lehrerbesehung von Fr. 375'000.00 sowie der Nachtragskredit für Schulleitungspool und andere Positionen führen zu Mehrkosten von total rund Fr. 500'000.00.

Gesundheit

Ein Mehraufwand für Spitex von rund Fr. 200'000.00 ergibt sich wegen höheren Stundenleistungen für die Pflege.

Soziale Wohlfahrt

Der Mehraufwand bei der wirtschaftlichen Sozialhilfe beträgt ca. Fr. 975'000.00 und zusammen mit den AHV-Beiträgen ergibt dies total Fr. 1'045'000.00.

Verkehr

Nachtragskredite von Fr. 570'000.00 für den Ersatz von zwei sehr alten Fahrzeugen, die nur noch mit unverhältnismässigem Aufwand hätten repariert werden können, sowie Mehrkosten beim öffentlichen Verkehr, baulichen Unterhalt und Projektkosten (Hergiswaldbrücke) führen zu einem Mehraufwand von total Fr. 750'000.00.

Zusammen mit diversen Mehraufwendungen von rund Fr. 600'000.00 ergibt dies total einen Mehraufwand von Fr. 2.4 Mio. Franken. Aufgrund dieser aktuellsten Informationen rechnet der Gemeinderat mit einer Verbesserung gegenüber dem Budget von Fr. 1.785 Mio. und damit einem Resultat von rund Fr. 1.8 Mio. plus.

Diese Informationen entsprechen dem Stand von heute. Das Ergebnis kann sich noch bis zum Jahresende verändern. Es gibt aber keine Garantie, dass die Resultate immer besser sind, als die Voranschläge, obwohl das Wirtschaftswachstum in den letzten paar Jahren erfreulicherweise zu einem überproportionalen Anstieg des Steueraufkommens geführt hat.

Gerne informiert der Gemeinderat den Einwohnerrat auch im nächsten Jahr wieder über den Forecast und beantwortet Fragen dazu, ohne aber bereits eine Abschlussdebatte 2007 vorziehen zu wollen.

Der Vorsitzende erinnert daran, dass normalerweise vor deren Beantwortung die Abstimmung über die Motion erfolgt. Nachdem jedoch keine Opposition angenommen wurde, hat der Gemeinderat die Beantwortung gleich vorgenommen. Aus den Kommissionen liegen keine Wortmeldungen vor.

Räto Camenisch dankt dem Gemeinderat dafür, dass jetzt eine "Blackbox" weniger vor dem Einwohnerrat steht. Das Budget, wie auch die laufende Rechnung waren in der Vergangenheit immer ein Geheimnis. Die heutigen Ausführungen von Paul Winiker zeigen aber gerade, wie wichtig es ist, diese Motion zu übernehmen.

Martin Heini ist ein wenig verwirrt, das die Motion jetzt bereits erfüllt ist, obwohl noch nicht darüber abgestimmt wurde. Er geht davon aus, dass die Information nun auch für die folgenden Jahre erfolgen. Auch die SP/Grüne-Fraktion ist für Eintreten und unterstützt die Motion.

Immer in der Bestrebung, die Rats- und Kommissionsarbeiten seriös und möglichst realitätsnah durchzuführen, sind jegliche Hilfestellungen willkommen. Die politischen Anforderungen an ein Budget differenzieren sich oft von den Zielsetzungen des Gemeinderates, aber auch vom Machbaren.

Die SP/Grüne-Fraktion erhofft sich mehr Transparenz durch Einblick, Einsicht und Sachbezug. Schlussendlich befinden man sich in einem fortlaufenden Prozess (Budget und Rechnung) und die politischen und finanziellen Ziele der Gemeinde dürfen nicht aus den Augen verloren werden. Diese Gefahr besteht jedoch, denn alles ist sehr komplex. Gerade deshalb ist eine Hilfestellung erwünscht, damit verstanden wird, was wie läuft, was anders läuft und warum und was korrigiert werden kann oder eben warum etwas nicht korrigiert werden kann. Die SP/Grüne-Fraktion unterstützt jede Hilfestellung, sofern diese einfach, verständlich und nutzbringend erbracht werden kann und keinen grossen administrativen Aufwand verursacht.

Dem Vorsitzenden liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Er lässt deshalb abstimmen:

Abstimmung
Die Motion wird einstimmig überwiesen.

Der Vorsitzende stellt fest, dass die Motion Meyer somit entgegengenommen wurde und nun die Eintretensdebatte zum Budget beginnt.

Stefan Meyer namens der FGK durfte den Forecast zum voraussichtlichen Ergebnis der Rechnung 2007 bereits anlässlich der Kommissionssitzung entgegennehmen. Der positive Trend hat die Mitglieder der FGK erfreut.

Beim Voranschlag 2008 gibt es Hauptelemente, die diesen entscheidend prägen. Einerseits die Ausgabenentwicklung, die durch die Finanzreform des Kantons neutralisiert wird und Mehrausgaben von 1.8 Mio. Franken zur Folge hat. Andererseits die Steigerung der Steuererträge von rund 9 % - welche vom Gemeinderat couragiert betrachtet wird - aber aufgrund der Steuergesetzanpassung eliminiert wird. Das Jahr 2008 ist ein Übergangsjahr, etliche Auswirkungen sind noch in Bewegung und ein gewisser Streubereich muss in Kauf genommen werden. Während der Diskussion in der FGK sind vor allem zwei Sachen in den Vordergrund gerückt:

Über die Lohnentwicklung wurde die FGK durch den Gemeinderat informiert. Wichtig ist, nicht mit %-Zahlen zu operieren, sondern die Gesamtsumme zu betrachten.

In Bezug auf eine Steuerfussenkung herrschte eine grosse Vielfalt an Meinungen bzw. eine stark kontroverse Beurteilung vor. Diskutiert wurde eine allfällige Steuersenkung und wenn ja deren Höhe (Zwanzigsteinheit mit 1,5 Mio. Franken Einnahmenreduktion oder Zehnteinheit mit 3 Mio. Franken Einnahmenreduktion). Zudem wurden folgende Aussagen gemacht:

- kein Aufschieben der Bezahlung des heutigen Konsums
- Steuern sind über den Leistungskatalog zu definieren
- keine Bevorzugung von Bessergestellten, solange wichtige soziale Anliegen unerfüllt sind
- wichtiges Zeichen für die Steuerzahler
- florierende Wirtschaftlage und regionale Konkurrenz rufen nach einer Steuersenkung

Schlussendlich wurde mit 4:3 Stimmen auf einen entsprechenden Antrag verzichtet. Weitere Detailanträge wurden ebenfalls nicht gefasst. Insgesamt ist die FGK der Meinung, dass das Minus von 1,7 Mio. Franken – gerade auch aufgrund der Zahlen der laufenden Periode – zu tolerieren ist und empfiehlt mit 5:2 Stimmen die Genehmigung des Budgets 2008.

Franz Baumann namens der BK erklärt, dass diese primär die baurelevanten Rubriken behandelt hat. Auf Antrag eines Mitglieds wurde auf die Abstimmung "ja oder nein zum Gesamtbudget" verzichtet, da man sich zu bestimmten Entscheiden nicht durchringen konnte. Somit gibt die BK keine Abstimmungsempfehlung ab.

Susanne Lanz namens der SGK ist grundsätzlich nicht - wie wohl auch niemand sonst - über das diesjährige Minus erfreut. Die anstehenden Massnahmen wurden aber lobenswert erwähnt und erwecken Hoffnung auf ein ausgeglichenes Budget 2009. Die Meinungen bei der anschliessenden Detailberatung gingen – wie alljährlich – teilweise stark auseinander:

- die fehlende Steuersenkung wurde einerseits bemängelt, andererseits positiv zur Kenntnis genommen
- eine nachhaltige Entwicklung wurde als erstrebenswert empfunden und die letztjährigen Budgetnachbesserungen als unnütz betrachtet oder – im Gegensatz – genau diese wurden für als zu wenig stark umgesetzt empfunden.

- weitere Kürzungen im Budget wurden von unverantwortbar bis nötig taxiert
- lobenswert erwähnt wurde der neu gesprochene Beitrag an die Kinderspitex und den Mahlzeitendienst der Pro Senectute

Schlussendlich wurde der Voranschlag 2008 von der SGK einstimmig gutgeheissen.

Patrick Koch namens der USK bedauert, dass das Ziel eines ausgeglichenen Budgets nicht erreicht werden konnte. Die USK hat in der Detailberatung sämtliche Budgetposten des Umwelt- und Sicherheitsdepartements pflichtbewusst überprüft. Der Gemeinderat hat die an der Budgetdebatte von der USK gestellten Fragen und Unklarheiten zur Zufriedenheit beantwortet. Mit 4:1 Stimmen hat die USK dem Voranschlag zugestimmt. Mit dem Voranschlag sind zwei parlamentarische Vorstösse traktandiert, die in der USK vorbehandelt wurden:

Motion Bruno Bienz und Mitunterzeichnete betr. Wiederaufnahme Energieförderprogramm
Für die Befürworter ist das Energieförderungsprogramm ein Anreiz für Hausbesitzer, energiesparende Massnahmen umzusetzen. Als Energiestadt hat die Stadt Kriens auch eine Vorbildfunktion. Weiter ist man der Meinung, dass sich ein solches Programm wirtschaftlich auszahlt und auch das Krienser Gewerbe davon profitieren darf. Die Gegnerschaft möchte aufgrund der finanziellen Lage der Stadt Kriens keine Fr. 100'000.00 für das Anliegen sprechen. Zudem ist für diese die Förderung der alternativen Energie eine übergeordnete Aufgabe, so hat der Kanton ein neues Förderprogramm für die Jahre 2007 – 2016 lanciert. Nicht zuletzt die Tatsache, dass die Speisung des Energieförderprogramms nicht direkt einen Zusammenhang mit dem Budget hat, bewog die USK dazu, die Annahme der vorliegenden Motion mit 4:1 Stimmen zu empfehlen.

Motion Heiz namens der SVP betr. Senkung Kehrrecht-Grundgebühr
Nach kurzer Diskussion empfiehlt die USK einstimmig, diesen Vorstoss als Motion zu überweisen.

Matthias Senn namens der VBK erinnert daran, dass es in den letzten Jahren vor allem die Bildung, namentlich die Klassengrössen und Mobiliaranschaffungen waren, die beim Voranschlag intensiv diskutiert wurden. Dieses Jahr waren es die Personalbesoldungen, vor allem der generelle Teuerungsausgleich. Grundlage dazu war das Schreiben des Personalverbandes an die Fraktionen, mit dem Wunsch, neben der vorgesehenen ordentlichen Lohnanpassung einen zusätzlichen Betrag für die erwähnte generelle Lohnanpassung vorzusehen. Damit soll die Teuerung seit 1999 effektiv ausgeglichen werden.

Die VBK stellt keinen Antrag für eine Änderung der vom Gemeinderat vorgeschlagenen Lohnanpassungen. In der Diskussion wurde anerkannt, dass die generellen Lohnerhöhungen der letzten Jahre mit der Teuerung nicht Schritt halten konnten. Trotz Mutationsgewinnen stiegen die individuellen Anpassungen ebenfalls. Zudem ist es auch so, dass mit der kurzfristigen Erhöhung auf total 2,5 % beim kantonalen Personal und bei den Lehrpersonen eine Ungleichheit zum Personal der Gemeinde Kriens entsteht. Befürworter eines höheren Teuerungsausgleiches argumentieren, dass jetzt der richtige Moment sein, ein Zeichen zu setzen und Verpasstes nachzuholen. Befürworter des Gemeinde-Vorschlags mit total 2 % argumentieren hingegen, dass die Gemeinde marktgerechte Löhne zahlt und keine Abgänge wegen zu tiefen Löhnen bekannt sind.

Paul Winiker erklärt anhand einer Folie die Hauptmerkmale des Budgets 2008 wie folgt:

- das Budget 2008 ist wegen der Finanzreform 08 und der Steuergesetzesrevision mit den Vorjahren kaum vergleichbar.
- Trotz guter Konjunktur mit steigenden Steuerfaktoren stagnieren die Steuereinnahmen. Steuerzahlende profitieren von der kantonalen Steuergesetzesrevision.
- ein Aufwandüberschuss von 1.755 Mio. Franken trotz guter Wirtschaftslage.
- der Aufwand (bereinigt um die Finanzreform) erhöht sich gesamthaft um 1.8 Mio. Franken oder 1.2% (Teuerung Sachaufwand und Anpassung Löhne um 2%).
- die Investitionen von brutto 7 Mio. Franken und netto 4.56 Mio. Franken bewegen sich im Rahmen der Vorjahre.
- ein weiterer Schuldenabbau im 2008 ist nicht möglich.
- die Folgejahre bringen weitere strukturelle Verschlechterungen. Der Gemeinderat überprüft deshalb den Finanzplan 2008 – 2012:
 - => Aufgaben, Strukturen, Aufwand, Ertrag und Investitionen sind für den IFAP 2008 – 2012 neu zu planen
 - => der Gemeinderat wird Massnahmen vorschlagen.

Im 2008 wird die Finanzrechnung der Gemeinde Kriens von bedeutenden strukturellen Veränderungen erfasst. Die Auswirkungen für Kriens sind deutlich ungünstiger als vom Kanton angekündigt (und in der Finanzplanung berücksichtigt). Dies zeigt folgende Tabelle:

In Mio. Franken	Finanzreform	Revision Steuergesetz	Auswirkungen total
Gemeindesteuern	Entlastung	Belastung	Belastung
gem. Finanzplan 2007/11	- 1.815	4.778	2.963
Eff. strukt. Auswirkungen	- 0.003	6.185	6.182
schlechter als angekündigt	- 1.812	1.407	3.219

Die Auswirkungen der Reformpakete zeigen sich wie folgt:

Steuergesetzesrevision

Entlastungen bei den Kantons- und Gemeindesteuern

Finanzplan 2008: Mindereinnahmen 4,778 Mio.

Budget 2008: Effektive Steuerausfälle 6,185 Mio.

Weitere Einnahmenausfälle in den Folgejahre sind zu erwarten!

- 2009: Halbierung der Vermögensteuer: -2,8 Mio.

- 2010: Reduktion der Unternehmenssteuern: -2,2 Mio.

Finanzreform

Finanzplan 2008: Entlastung geplant 1,815 Mio.

Budget 2008: Effektive Entlastung 3'000 Fr. netto

In der Summe wirken sich diese strukturellen Veränderungen als Verschlechterung von rund 6.182 Mio. Franken für die Gemeinde aus. Deshalb ist das Budget 2008 mit den Vorjahren nicht vergleichbar.

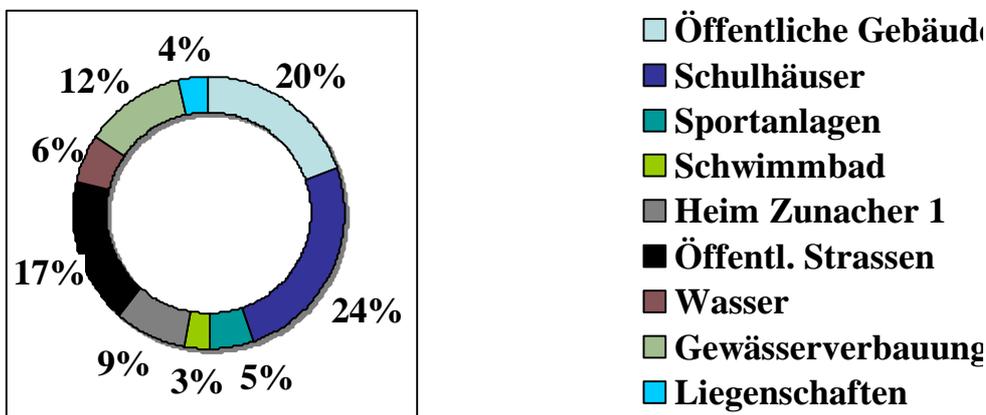
In Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung kann festgestellt werden, dass die anhaltend gute Konjunktur die Steuerfaktoren in Kriens im Jahr 2008 um 9% erhöht (gegenüber Budget 2007). Die Auswirkungen der kantonalen Steuergesetzesrevision neutralisieren diesen Mehrertrag praktisch vollumfänglich. Der gestrigen Ausgabe der Luzerner Zeitung konnte man entnehmen, welche Steuereinsparungen sich für einen Krienser Haushalt ergeben.

Der Personal- und Sachaufwand verändert sich gemäss Budget 2008 wie folgt:

(in tausend Franken)	2006 R	2007 B	2008 B	Veränderung 07/08 in %
Personalaufwand	64'560	65'339	65'785	+ 0.7%
Sachaufwand	22'939	22'102	22'628	+ 2.4 %
übriger Aufwand*	62'905	65'129	64'045	- 1.7 %
Gesamtaufwand	150'404	152'570	152'458	-0.07 %

Der Sprecher zitiert einige ausgewählte Budgetvergleiche nach der Finanzreform und der Steuergesetzrevision und verweist diesbezüglich im Detail auf den Finanzplan, Seite 4. Dies alles führt bei der laufenden Rechnung 2008 zu einem minus von ca. 1,755 Mio. Franken.

Die Bruttoinvestitionen liegen im Rahmen der Vorjahre und zeigen folgendes Bild:



Simon Konrad teilt mit, dass die FDP-Fraktion einstimmig für Eintreten ist. Der Forecast für das laufende Jahr ist mit einem vorsichtig errechneten Gewinn von 1.8 Mio. Franken überaus positiv und widerspiegelt die guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Der Einwohnerrat hat das letztjährige negative Budget zurückgewiesen. Die Haltung der FDP-Fraktion zu negativen Budgets ist unverändert. Sie könnte sich jedoch eine einmalige Ausnahme im Zusammenhang mit einer moderaten Steuersenkung vorstellen. Das Legislaturprogramm sieht eine Senkung des Steuerfusses vor. Der Sprecher fragt sich wann, wenn nicht heute, soll dieser Schritt möglich sein. Es ist ein richtiger Entscheid zum richtigen Zeitpunkt. Die gute Konjunkturlage lässt auch nächstes Jahr wieder reichlich Geld in die öffentliche Kasse fließen, so dass beide Steuererleichterungen verkraftbar sind. Tiefere Abgaben für alle Krienser und Krienserinnen sind eine Investition in die Zukunft.

Die FDP-Fraktion wünscht sich, dass der Gemeinderat seine Energie in die Umsetzung der Massnahmen, die im Finanz- und Aufgabenplan ersichtlich sind, steckt und sie akzeptiert nur in Verbindung mit einer Steuersenkung das Defizit. Sollte die Steuersenkung keine Mehrheit finden, lehnt die FDP-Fraktion das Budget einstimmig ab und überlegt sich weitere Schritte.

Martin Heiz namens der SVP-Fraktion hat keine Freude am Budget und lehnt dieses ab. Gerade weil das letztjährige negative Budget zurückgewiesen wurde, war er sehr überrascht, dass

der Gemeinderat nun wieder ein solches präsentiert. Schlimmer noch, er sieht nicht einmal eine Steuersenkung vor und widerspricht damit seinen eigenen Legislaturzielen. Eine Angleichung an die Agglomeration ist schwierig, wenn die umliegenden Gemeinden immer wieder die Steuern senken – oder wie in der Zeitung zu lesen ist, sogar von Steuerrabatten reden – und Kriens nicht mitzieht.

Deshalb stellt der Sprecher den Antrag, das Budget zurückzuweisen. Für den Fall, dass dieses nicht zurückgewiesen wird, stellt die SVP-Fraktion analog der FDP-Fraktion einen Antrag auf Senkung des Steuerfusses um eine Zwanzigstel-Einheit. Sie fordert klar – sofern der Steuersatz gleich bleibt – ein Nuller-Budget. Will der Gemeinderat nun aber doch die Steuersenkung ermöglichen, dann akzeptiert die SVP-Fraktion ein Defizit in dieser Höhe. Es ist jetzt an der Zeit, endlich auch in Kriens ein Zeichen zu setzen. Es stehen noch grosse Projekte an und dort will man auch die Unterstützung des Volks. Um einen an die Agglomerationsgemeinden angeglichenen durchschnittlichen Steuersatz zu erreichen, wäre sogar eine höhere Steuersenkung – als beantragt – angebracht.

Werner Baumgartner informiert, dass sich die CVP/JCVP-Fraktion geschlossen hinter das Budget 2008 stellt und für Eintreten ist. Dies nicht weil sie Freude an dem prognostizierten Defizit hätte, sondern weil die Gemeinde eigentlich eine ausgeglichene Rechnung präsentieren könnte, wären nicht die externen Faktoren. Das ist allerdings nur ein schwacher Trost und soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass man sich ein Defizit nicht mehrfach leisten kann und will. Ein Defizit bleibt ein Defizit. Umso bedauerlicher ist es, dieses in einer Zeit in Kauf nehmen zu müssen, in der die Wirtschaftslage ausgezeichnet ist.

Es ist mindestens so bedauerlich, dass der Gemeinderat mehr als 1 ½ Jahre nach der Überweisung der Motion der CVP, die ihn auffordert nach Sparpotential im Rahmen der Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden zu suchen, noch immer nichts getan hat. Die CVP/JCVP-Fraktion wird deshalb den Gemeinderat in Zukunft noch mehr an diesem Auftrag messen. Die Gemeinde Kriens hat strukturelle Probleme, die jetzt endlich angepackt werden müssen.

Die Aussicht, dass die Rechnung 2007 über den Erwartungen abschliessen wird, bestätigt die CVP/JCVP-Fraktion in der Annahme, dass das Budget einmal mehr zu pessimistisch war. Man verzeihe ihr, aber allmählich schenkt sie ihren Erwartungen mehr Glauben, als den systematisch zu schlechten Prognosen. Weil die CVP/JCVP-Fraktion das negative Budget nun unterstützt, kann aber nicht daraus abgeleitet werden, dass sie ein solches auch in Zukunft tolerieren wird.

Die CVP/JCVP-Fraktion wird eine Investition in der Detailberatung zur Diskussion bringen.

Zu Martin Heiz möchte der Sprecher noch festhalten, dass – nur weil andere Gemeinden die Steuern senken – das noch lange kein Grund für Kriens ist, dies auch zu tun. Als Privatperson macht man vernünftigerweise auch nicht immer alles nach, was andere tun.

Martin Heini namens der SP ist für Eintreten. Es steckt viel Arbeit hinter dem Budget 2008, z.B. im Aufzeigen von Änderungen wegen der Finanz- und der Steuergesetzreform. Das Budget verdient mehr als nur ein "Durchwinken" oder ein Ablehnen. Es enthält auch positive Aspekte: Längst fällige Investitionen werden getätigt (z.B. die Schülerstühle) und auch weitere kleine Fische, wie Energiebeiträge werden ermöglicht. Es hat aber auch negative Punkte: Kürzungen und Kürzungen (z.B. Nähmaschinen bei den Schulhäusern oder Gebäudesanierungen). Zu betonen ist auch, dass das Defizit aufgrund von strukturellen Einflüssen, quasi von 0

auf 6 Mio. Franken Mehrbelastung nicht so schnell in einem Jahr, oder zumindest nicht verantwortlich, flachgeklopft werden kann. Dies müsste eigentlich allen Null-Defizit-Befürwortern und Gegnern dieses Budgets einleuchten. Die Forderungen der SP/Grüne-Fraktion bleiben 2008 einmal mehr auf der Strecke:

- Umsetzung Jugendleitbild
- Ausbau Schulsozialarbeit
- Wirtschaftsförderung
- erträgliche Heimgewerbesteuer
- gerechte Sozialhilfe, Integrationsprojekte auch für Langzeitarbeitslose

Obwohl dies gute Investitionen mit Nachhaltigkeit wären, hält die SP ihre Forderungen bewusst zurück und ist daher auch konsequent.

In den letzten Jahren herrschte ein "bürgerlicher" Spardruck. Nun redet man von einer guten Wirtschaftslage, die aber nicht genutzt werden kann. Es stellt sich schon die Frage, wann denn dann? Das letztjährige Budget mit einem Millionen-Defizit wurde "bachabgeschickt". Dadurch wurden Investitionen und Aufwände aufgeschoben. Heute, mit der Steuergesetzesrevision, kann es nicht besser werden. Kriens minimiert den Gebäudeunterhalt, also Investitionen in die Zukunft und Nachhaltigkeit. Die Aufwandleistungen können nicht kleiner werden, aber die Teuerung selbst frisst mehr als die Zusatzleistungen weg, also das, was Kriens als Mehraufwand reinsteckt. Somit muss die Teuerung über neue Einsparungen abgedeckt werden. Das nagt an der Substanz. Strategisch gedacht müsste die SP das Budget ablehnen – sie stimmt jedoch zu. Hätte man nicht diesen Berg "Steuergesetzesrevision" zu tragen, hätte man ein positives Ergebnis. Nun heisst es durchhalten.

Erich Tschümperlin namens der Grünen wird – obwohl diese mit der SP wieder einmal einig sind – ein eigenes Votum vortragen. Im Rat sind sich wohl alle einig, dass ein Budget mit Verlust nicht schön ist. Es nimmt einem jeglichen Handlungsspielraum für eine aktive Entwicklung und es nimmt einem auch die Möglichkeit, wichtige Aufgaben und Dienstleistungen, anzugehen, weil die finanziellen Mittel scheinbar fehlen. Andererseits ist bekannt, dass dieses Budget zu einem grossen Teil durch strukturelle, kantonale Reformen beeinflusst wurde. Ohne diese würde das Budget positiv ausfallen. Diese Veränderungen sind ein grosser Unsicherheitsfaktor und erst mit der definitiven Rechnung wird bekannt sein, wie die Auswirkungen der Vorgaben des Kantons tatsächlich ausfallen.

Ein attraktiver Wohnort bietet mehr als nur tiefe Steuern. Deshalb setzen sich die Grünen für eine leistungsfähige Gemeinde mit einer guten Grundversorgung ein. Eine lebendige, aktive Gemeinde ist gerade für Familien besonders attraktiv.

Das budgetierte Defizit stimmt die Grünen nicht ganz so nachdenklich. Die Erfahrungen der letzten Jahre lehren, dass durchaus auf eine ausgeglichene Rechnung gehofft werden darf. Auch die Prognose für das Jahr 2007 deutet darauf hin. Die budgetierten Voranschläge der letzten 22 Jahre haben Defizite von rund 36 Mio. Franken budgetiert, es resultierten jedoch Überschüsse von ca. 40 Mio. Franken. Die Gemeinde hat heute im kantonalen Vergleich eine tiefe Pro-Kopf-Verschuldung und steht finanziell auf gesunden Beinen. Die vorsichtige Finanzpolitik der Gemeinde stimmt den Sprecher positiv.

Und noch eine Bemerkung zur FDP zum Thema Steuersenkung: Diese gehört zum Nice-to-have. Auch die Grünen würden die Steuern gerne senken, aber nur, wenn es die Situation erlaubt. Mit der kantonalen Steuergesetzesrevision werden die Einnahmen massiv reduziert. Wegen dieser Steuergesetzesrevision bezahlen die Krienserinnen und Krienser im 2008, und im 2009 nochmals, weniger Steuern. Die Steuersenkung ist also da. Wer jetzt auf Gemeindeebene

ne zusätzliche Steuersenkungen fordert, handelt grob fahrlässig. Zuerst müssen die Auswirkungen dieser Massnahmen konsolidiert werden. Gerade die bürgerliche Seite hat sich immer wieder auf die Fahne geschrieben, eine vorsichtige Finanzpolitik zu betreiben. Eine jetzige Steuersenkung ist aber waghalsig und unverantwortlich. Die Opfer wären Familien mit Kindern, sozial Benachteiligte und Randstände. Kriens muss nicht die Bedingungen für Reiche optimieren, sondern einen Lebensraum für alle schaffen. Das ist das Verständnis der Grünen für eine solidarische Gesellschaft.

Zur SVP möchte der Sprecher noch festhalten, dass diese widersprüchlich handelt. Sie lehnt einerseits ein Defizit ab, akzeptiert aber ein doppeltes Defizit durch die Minderung der Einnahmenseite.

Abschliessend möchte der Sprecher dem Finanzchef und seinen Mitarbeitern für die gute Arbeit danken, die hier nicht honoriert wird.

Räto Camenisch erinnert daran, dass der Rat im letzten Jahr den Grundsatz verfolgt hat, er will kein Defizit akzeptieren. Jetzt legt der Gemeinderat - ohne rot zu werden - wieder ein Budget mit Defizit vor und begründet dieses mit verminderten Steuereinnahmen.

Ein Staatshaushalt bzw. Gemeindehaushalt ist wie ein Familienhaushalt. Wenn man weniger einnimmt, muss man auch weniger ausgeben. Heute herrschen aber keine Notzeiten sondern Hochkonjunktur. Dies bestätigt auch die Rechnung 2007. Man darf einfach nicht immer mehr ausgeben, dort liegt nämlich der Wurm begraben. Deshalb fordert die SVP-Fraktion ein Nuller-Budget. Gleichzeitig ist sie aber auch für eine Steuersenkung, weil diese die Gemeinde weiterbringt und hilft, Kriens zu bleiben. Der Sprecher will nicht in die Fusionsfalle "tappen", aber genau dies wird passieren, weil der Steuerfuss dort sehr entscheidend ist. Wer sich jetzt gegen die Steuersenkung stellt, unterstützt eine Fusion.

Die SVP fordert zwar ein ausgeglichenes Budget, sie ist aber bereit, für eine Steuersenkung ein Defizit in dieser Grösse zu akzeptieren. Auch die Gemeinde Horw nimmt im übrigen ein Defizit in Kauf, um die Steuern zu senken. Auch dort will man sich dem Fusionsdruck entziehen.

Die Legislaturziele des Gemeinderates sind – wie der Sprecher das auch schon bei anderen Sitzungen ausgeführt hat – ein Papiertiger, der zwar alles verspricht, aber dann nicht hält. Jetzt muss man Mut zeigen, denn die 1,5 Mio. Franken sind nicht alle Welt. Kriens darf keine Steuerinsel sein, die zum Fusionsopfer wird.

Rolf Bättig freut sich, dass Erich Tschümperlin sein Votum mitverfolgt hat. Anscheinend hat dieser aber überhört, dass er u.a. auch von Benchmarks – nicht nur bei den Ausgaben – sondern auch bei den Einnahmen gesprochen hat. Somit also auch bei den Steuern.

Pia Zeder hat vorher die Aussage gehört, wenn man eine Hochkonjunktur hat, dann kann man auch die Steuern senken. Paul Winiker hat aber klar ausgeführt, dass trotz eingerechneten Mehrerträgen ein Defizit generiert wird. Deshalb ist es zu einfach, zu sagen, wenn die Steuern sinken werde Kriens als Wohnort attraktiver. Bei einer Steuersenkung um eine Zwanzigstel-Einheit hat eine Familien mit einem Einkommen von rund Fr. 50'000.00 ein Steuerersparnis von rund

Fr. 65.00, bei einem steuerbaren Einkommen von 150'000.00 wäre das Ersparnis circa Fr. 350.00 und bei 250'000.00 betrüge dieses Fr. 650.00. Wegen diesen Zahlen ergeben sich doch nicht mehr Steuerzahler bzw. mehr Erträge.

Die Sprecherin hat sich bereits im letzten Jahr daran gestört, dass man um jeden Preis ein Nuller-Budget erreichen wollte. Bei einer Steuersenkung fallen die Einnahmen auch in den Folgejahren weg, das darf man nicht vergessen und man kann deshalb gar nicht davon sprechen, das Defizit "für ein Jahr" in Kauf zu nehmen.

Das Wachstum von Kriens wurde noch erwähnt. Die Ausgaben sind um 1,2 % gestiegen, dies entspricht ungefähr der Teuerung. Auch in der Privatwirtschaft wachsen die Ausgaben in diesem Rahmen. Die Sprecherin plädiert dafür, alles - und nicht nur einen Teil der gemachten Aussagen - zur Kenntnis zu nehmen. Zudem ist die Steuersenkung kein Allerweltsmittel. Bruno Peter hat gesagt, dass Kriens grundsätzlich so bleiben wird, wie es ist und nicht mehr enorm wachsen kann. Somit kann es auch nicht Ziel der Steuersenkung sein, zu wachsen, denn das geht gar nicht mehr, ausser man verbaut wirklich alles Grüne.

Franz Baumann nimmt den Steilpass von Räto Camenisch auf und analysiert den Finanzhaushalt einer Familie in ähnlicher Situation wie die Gemeinde Kriens. Eine Familie dreht jeden Rappen um, bevor sie ihn ausgibt, sie hat Schulden und verzichtet auf die Ferien, weil das Geld nicht genügt, ein Systemwechsel der Pensionskasse hat Mehrausgaben zur Folge, die "durchgerittene" Matratze im Schlafzimmer kann noch nicht ersetzt werden, man beschliesst, die Stereoanlage zu verkaufen, um Wichtigeres zu begleichen, die Tochter möchte eine musische Ausbildung machen und der Vermieter verlangt mehr Mietzins für die Wohnung. Alle diese Vorkommnisse können im übertragenen Sinn auch für den Gemeindehaushalt von Kriens angewendet werden. Und in dieser Situation geht der oder die Familienernährer/in zum Chef und sagt: Hey Boss, ich brauche ... weniger Lohn! Gerade dies bedeutet - im übertragenen Sinn - die geforderte Steuersenkung.

Dieser Antrag ist für den Sprecher nicht nachvollziehbar. Er ist paradox, verantwortungslos und muss deshalb abgelehnt werden.

Hansruedi Kunz will mit einer Steuersenkung nicht nur den Zufluss für Kriens unterstützen, sondern auch den Weggang von Steuerzahlern verhindern. Wenn in den umliegenden Gemeinden die Steuern gesenkt werden, kann man nicht einfach wegschauen. In Bezug auf die Investitionen in den letzten 10 Jahren möchte der Sprecher noch daran erinnern, dass vielleicht nicht ganz so viel investiert wurde, aber beispielsweise der Kunstrasen, die Schulhäuser, das Schwimmbad nächstes Jahr etc. wurden beschlossen. Die Leistungsfähigkeit von Kriens ist ausgezeichnet und der Sprecher scheut den Vergleich, beispielsweise mit Meggen, nicht. In Bezug auf die erhöhten Ausgaben wurde die Sozialhilfe angesprochen. Diese ist gemäss Gesetz gewährleistet. Unabhängig davon, ob dies den Bürgerlichen nun gefällt oder nicht, ist sie ein Auftrag der Gemeinde und Kriens setzt diesen Auftrag um.

Auch der Sprecher hat keine Freude an negativen Budgets, aber jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, eine Steuersenkung von einer Zwanzigstel-Einheit zu machen.

Judith Luthiger hört die ganze Zeit, dass man attraktiver wird durch die beantragte Steuersenkung. Über diese Aussage muss sie eher lachen, denn sie ist einfach nicht realistisch. Ein Steuerfuss von 1.95 ist nicht wettbewerbsfähig. Beispielsweise Horw, Hergiswil und Luzern sind viel tiefer.

Gefordert wird ein ausgeglichenes Budget, aber wo soll dann gespart werden? Sollen die Klassengrößen erneut erhöht werden? Werden die Musikschulbeiträge steigen oder vielleicht die Heimtaxen? Will man die Gebühren erhöhen? Bei all diesen Massnahmen hat man unter dem Strich von der Steuersenkung überhaupt nichts mehr. Zudem wurde das Gemeindepersonal noch gar nicht angesprochen. Dieses hat seit zwei Jahren auf seine Teuerung verzichtet, etwas, dass in der Privatwirtschaft nicht der Fall ist.

Eine Steuersenkung im heutigen Zeitpunkt ist verantwortungslos.

Erich Tschümperlin leuchtet das Anti-Fusionsargument von Rätö Camenisch nicht ein. Wenn man gegen eine Fusion ist, müsste man doch eher einen möglichst hohen Steuersatz und viele Schulden ausweisen, dann will einem nämlich niemand. Der Sprecher sieht keinen Zusammenhang zwischen Fusion und Steuersenkung.

Der Vergleich mit einem Privathaushalt "hinkt". Es gibt finanztechnisch grosse Unterschiede. Klar soll man sich nicht verschulden, aber man muss beachten, dass Kriens eigentlich sehr gut dasteht. Auch die Aussage, dass die Ausgaben wachsen, stimmt so nicht ganz. Real gesehen ist ein Zuwachs von 1,2 % zu verzeichnen. Dieser liegt wahrscheinlich sogar unter der Teuerung.

Simon Konrad bedauert, dass es in Kriens an entsprechenden Parzellen mangelt, um beim Steuersubstrat einen "Top-Shot" anzusiedeln. Kriens hat aber ein gutes Steuersubstrat in der mittleren Einkommensschicht auszuweisen. Deshalb ist es wichtig, diejenigen, die oben in der mittleren Einkommensschicht stehen, in Kriens zu behalten. Im persönlichen Umfeld des Sprechers kann er mindestens fünf Personen aufzählen, die von Kriens abgewandert sind, teilweise in andere Kantone, teilweise aber auch in Nachbargemeinden. Der Kanton hat dieses Problem erkannt und die Steuersenkungen ermöglicht. Nun muss aber auch Kriens reagieren. Der Sprecher möchte kein "Zwei" mehr auf dem Rücken, sondern wünscht sich einen Steuerfuss, der mit "Eins" beginnt.

Werner Baumgartner stellt wieder einmal mehr fest, dass die Fusionsdiskussion finanziell ganz seltsame Auswirkungen hat. Man spricht von Steuersenkung bis hin zu Verschuldung. Aber es ist wirklich ein grundsätzliches Problem. Solange man nicht weiss, wo man eigentlich hingehört, finden so Diskussionen statt. Der Sprecher kann nicht ganz nachvollziehen, dass der Einwohnerrat über den Steuersenkungsantrag debattiert und der Gemeinderat noch keine Stellung dazu abgegeben hat.

Der Vorsitzende erklärt, dass Paul Winiker den Wunsch geäussert hat, am Schluss der Eintretensdebatte das Wort zu erhalten.

Nicole Nyfeler hat von Hansruedi Kunz gehört, dass die Ausgaben bei der WSH an Gesetzesgrundlagen gebunden sind, die man nicht ändern kann. Es gibt aber auch viele andere Bereiche, die vorgegeben sind. Die Sprecherin glaubt, dass der Spielraum sehr klein ist und ist deshalb nicht bereit, die Steuern zu senken zugunsten der höherer Einkommen und auf Kosten der tiefen Einkommen. Der Einwohnerrat hat eine soziale Verantwortung.

Paul Winiker erklärt, dass sich die Angaben des Gemeinderates auf einen unveränderten Steuerfuss beziehen. Die Mehreinnahmen bei den Steuern von 9% werden durch die Steuer-

gesetzrevision "wegkompensiert". Im 2009 und 2010 werden noch weitere Millionen dazu kommen, die aufgefangen werden müssen. Damit dies gelingt, muss die Wirtschaft sehr gut laufen. Richtig ist aber auch, dass Kriens in Bezug auf seine Verschuldung sehr gut dasteht. Dies ist der Verdienst der Vorgänger des Sprechers.

Die beantragte Steuersenkung kostet die Gemeinde weitere 1.55 Mio. Franken. Dies haben Franz Bucher, Finanzsekretär, und Thomas Imfeld, Leiter Steueramt, berechnet. Deshalb hat der Gemeinderat den Antrag gestellt, den Steuerfuss beizubehalten und die Auswirkungen der Finanzreform und der Steuerreform abzuwarten. Im 2008 hat die Gemeinde neue Aufgaben zu übernehmen, z.B. die Flüchtlingsbetreuung. Diese hat man mit Fr. 600'000.00 berücksichtigt. Die neusten Zahlen des Kantons liegen jetzt bei Fr. 900'000.00. Es herrscht somit eine grosse Unsicherheit.

In Bezug auf den Steuerwettbewerb möchte der Sprecher eine Zusammenstellung von Franz Bucher zeigen und bedankt sich gleichzeitig bei ihm für deren Erarbeitung:

Strukturelle Auswirkungen Vergleich Agglo-Gemeinden

In Millionen Franken	Auswirkungen Finanz-Reform	Steuerges.-Revision	Budget 2007	Budget 2008	Steuerfuss aktuell
Emmen	Mehrbelastung 0.20	- 5.300	- 0.350	- 2.450	2.05
Littau	Entlastung 1.30	- 1.400	- 1.800	- 1.900	2.20
Horw	Mehrbelastung 0.10	- 2.700	+ 0.255	- 0.430	Bisher 1.70 Neu 1.65
Ebikon	Mehrbelastung 0.28	-1.500	- 0.162	Noch nicht offiziell	1.95
Kriens	0.00	- 6.185	+ 0.005	- 1.755	2.00
Luzern	Entlastung 2.50	- 11.000	+ 0.590	- 1.860	Bisher 1.85 Neu 1.75

Martin Heini erachtet das vom Gemeinderat dargelegte Vorgehen für verantwortungsvoll. Es ist offen und ehrlich. Es ist nämlich unverantwortlich, Fakten auszublenden und um jeden Preis eine Steuersenkung durchzwingen zu wollen. Damit streut man den Bürgerinnen und Bürgern Sand in die Augen. Man wird auf X-Jahre hinaus Schulden und Defizite machen. Bevor der Sprecher zu einer Steuersenkung überhaupt etwas sagen kann, müsste er einen Finanzplan sehen, der deren Auswirkungen aufzeigt. Er kann nicht begreifen, dass an der heutigen Sitzung dermassen über eine Steuersenkung debattiert wird.

Der Vorsitzende stellt fest, dass das Eintreten unbestritten ist. Es liegt jedoch ein Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion vor. Über diesen wird nun abgestimmt:

Abstimmung Rückweisungsantrag

Mit 22:6 Stimmen wird die Rückweisung abgelehnt.

Der Vorsitzende beginnt nun mit der Detailberatung:

Einleitung Voranschlag – Kompetenz gemäss Gemeindeordnung (Seite 18)

Nicole Nyfeler bittet den Gemeinderat, im nächsten Voranschlag wieder die schematische Darstellung der Behandlung von Nachtragskrediten bzw. Sonder- und Zusatzkrediten abzubilden. Natürliche ist diese an die neue Gemeindeordnung anzupassen.

Konto Nr. 020.00.301.00 – Besoldung des Personals (Seite 3)

Pia Zeder namens der SP/Grüne-Fraktion verweist auf den bereits vorliegenden schriftlichen Antrag, welcher wie folgt lautet: *Die Besoldungsanpassung beträgt 3 % und setzt sich zusammen aus 2 % generelle Anpassung und 1 % für die Umsetzung des Lohnsystems.*

Die Sprecherin begründet ihren Antrag damit, dass die Verwaltungsangestellten von Kriens gute Leistungen erbringen. Dies ist keine Selbstverständlichkeit im Hinblick auf die knappen Finanzen, die zunehmenden Aufgaben, den zunehmenden Zeitdruck und die zunehmende Komplexität. Die SP/Grüne-Fraktion wünscht sich weiterhin gutes und motiviertes Personal. Die hochstehenden Leistungen sollen gerecht abgegolten werden. Eine Möglichkeit der Abgeltung bieten Löhne, die der Entwicklung des Landesindex nicht oder zumindest nicht all zu sehr hinterher hinken. In den Jahren seit der Einführung des Lohnsystems wurde die Teuerung gar nicht oder nicht ausreichend angepasst. So entstand seit 1999 ein Nachholbedarf von insgesamt 2.77 %. Die SP/Grüne-Fraktion – welche sich auch schon in der Vergangenheit für das Personal eingesetzt hat - hat deshalb Verständnis für das Anliegen des Personalverbandes, welcher den Ausgleich fordert. Sie unterstützt dieses.

Es stimmt, dass der Ausgleich schrittweise erfolgen muss und nicht auf ein Schlag ausgeglichen werden kann. Die SP/Grüne-Fraktion möchte aber, dass die Lohnschere zu Kanton und Stadt Luzern nicht noch weiter aufgeht. Diese haben in einigen Bereichen höhere Löhne und zudem die Teuerung besser ausgeglichen. Die Kosten von ungefähr Fr. 280'000.00, die dies ausmachen würde, wären wesentlich geringer als eine Steuersenkung mit rund 1.55 Mio. Franken. Wenn nicht heute, wann soll dies dann erfolgen? Mit gesamthaft 3 % Besoldungserhöhung setzt der Einwohnerrat ein Zeichen der Wertschätzung und ein Dankeschön für das Krienser Verwaltungspersonal, auf das er auch in Zukunft angewiesen ist, wenn er als starke Gemeinde gute Leistungen erbringen will.

Helene Meyer-Jenni ist sich bewusst, dass die Mitarbeitenden das höchste Gut sind, um den Auftrag gegenüber der Bevölkerung überhaupt erfüllen zu können. Dem Gemeinderat war das Anliegen des Personalverbandes bereits im Frühling bekannt. Auch der Gemeinderat hat sich die Frage gestellt, wann nicht heute, wann dann. Er musste aber immer die Gesamtschau des Voranschlags im Blick behalten.

Vor einem Jahr wurde ein Budget mit 1 Mio. Franken Defizit zurückgewiesen. Deshalb war es für den Gemeinderat das höchste Ziel, ein Budget zu erarbeiten, das einigermaßen akzeptabel ist. Es wurde mit Sorgfalt und intensiv geprüft und der Gemeinderat kam zum Schluss,

dass das Anliegen des Personalverbandes zum jetzigen Zeitpunkt einfach nicht umgesetzt werden kann.

Die Aussage, dass man 2.77 % des Landesindex hinterherhinkt, ist so richtig. Die Teuerung wurde in letzten zwei Jahren gar nicht und vorher nur teilweise ausgeglichen. Die Erfahrungs- und Leistungskomponenten des Lohnsystems konnten jedoch immer umgesetzt werden. Die Anpassungen der Löhne waren deshalb sehr unterschiedlich.

Bei der generellen Anpassung ging man davon aus, dass man mit 1 % sicher über der Teuerung vom letzten Jahr liegt. Zudem ging man bei der Erstellung des Budgets davon aus, dass die Stadt Luzern etc. auch ungefähr in diesem Bereich mit der Teuerung liegt. Nun gleichen die Stadt Luzern und Littau aber mit 2,5 % aus. Andere Gemeinden, darunter auch Kriens, mit 2 %.

Matthias Senn als VBK-Präsident sagte bereits, dass es keine Abgänge wegen der Löhne gab. Man kann nicht sagen, dass man generell zu tiefe oder zu hohe Löhne hat. Aber in gewissen Bereichen bestehen Löhne, die angepasst werden müssen. Dort hat man Probleme bei den Anstellungen aufgrund der Differenz zur Privatwirtschaft.

In der Gemeindeverwaltung ist die Personalentwicklung stabil. Klar gibt es auch dort Bereiche, die weggefallen sind, z.B. der Zivilschutz und dadurch entstehen Verschiebungen. Bei den Heimen ist man selbstverständlich bedeutend gewachsen und das bedeutet, man benötigt, gutes, engagiertes Personal.

Der Gemeinderat steht hinter den vorgeschlagenen 2 % wie auch dafür, dass keine Steuer-senkung erfolgt. Er lehnt den Antrag ab.

Nachdem das Wort nicht weiter verlangt wird, lässt der Vorsitzende abstimmen:

Abstimmung

Mit 19:8 Stimmen wird der Antrag abgelehnt.

Konto Nr. 300.00.314.00 (Seite 19)

6.2. Motion Luthiger und Mitunterzeichnende: Die Krienser
Gemeindebibliothek braucht mehr Raum

Nr. 182/07

Judith Luthiger hat festgestellt, dass die Gemeindebibliothek Kriens seit vielen Jahren unter akutem Platzmangel leidet. Jedes Jahr ist der Platzmangel ein wiederkehrendes Thema in den Sitzungen und in den Geschäftsberichten. Aus diesem Grund hat sie und die vielen Mitunterzeichnenden aus der SP, Grünen und CVP diese Motion eingereicht.

Zuerst ein paar Fakten und Zahlen um dies zu belegen. Alle Zahlen stammen aus dem Jahresbericht 2006, welcher an alle Einwohnerräte / Einwohnerrätinnen verteilt wurde und aus dem "Richtlinien für Gemeindebibliotheken" Ausgabe von 1995. Laut Richtlinien müsste Kriens auf Grund der Bevölkerungszahl in der Bibliothek ein Angebot von ca. 25'000 Bücher plus 5'000 "Non-Books" (DVD, CD-Rom, etc.) zur Verfügung stellen können. Momentan be-

steht das Angebot aus ca. 15'000 Medien. Halb so viel wie eigentlich nötig wäre. Im Jahr 2006 wurden 71'957 (fast 72'000) Medien ausgeliehen. Ca. 4,8 mal mehr Medien werden jährlich ausgeliehen als effektiv in der Bibliothek zur Verfügung stehen!

Die Gemeindebibliothek Kriens weist auch die höchste Mediendichte pro m² auf – 70 Medien pro m². Mit Abstand die höchste Mediendichte, verglichen mit den Bibliotheken anderer Agglomerationsgemeinden. Diese Zahlen sprechen Bände, lassen sich aber 1:1 vor Ort in der Bibliothek belegen.

Die Motionärin ist eine regelmässige Bibliotheksbenutzerin und weiss wovon sie spricht. Die Gestelle sind überladen, dicht aneinander gereiht sind Buch an Buch in die Gestelle eingeräumt. Nur sehr wenige Bücher können so präsentiert werden, dass man auch die Frontseite sieht. Die Bücher und die anderen Medien können nicht kundenfreundlich präsentiert werden. Die Zwischenräume bei den einzelnen Büchergestellen sind teilweise so eng, dass es bereits zu Staus führt, wenn eine Person im linken, die andere Person im rechten Gestell etwas sucht. Hinzu kommt, dass viele Medien gar nicht da sind und von einer anderen Bibliothek nach Kriens geliefert werden müssen. Die Krienser Bibliothek braucht ein grösseres Medienangebot (mehr Bücher und andere Medien).

Eine Bibliothek braucht auch Stühle, in die man sich kurz setzen kann, um das ausgewählte Buch durch zu blättern, das Inhaltsverzeichnis oder die Buchrückseite zu lesen. Nur wenige Stühle stehen zur Verfügung und es hat fast keinen Platz um Spezialangebote, Neuerscheinungen, Bestseller oder anderes zu präsentieren.

Trotzdem schreiben sich jedes Jahr wieder neue Bibliotheksbenutzerinnen und -benutzer ein, letztes Jahr wieder 448 neue! Ein Ausbaupotential besteht auch hier!

Judith Luthiger erinnert sich noch sehr gut an die Zeit mit Kinderwagen in der Bibliothek, sie war damit ein mittleres Verkehrshindernis. Trotzdem hat sie ihre Kinder immer mitgenommen, denn sie durften ihre Bilderbücher selbst auswählen. Das funktioniert noch heute so und es gibt immer noch viele Mütter und Väter, die mit ihren Kindern in die Bibliothek kommen. Hier dürfte der Platz grösser sein, viel mehr Bücher und zusätzliche Sitzgelegenheiten, denn fast alle Kinder schauen sich das Buch vor Ort an und wählen erst nachher, was sie ausleihen wollen.

Auch das Angebot an Jugendbüchern und Erwachsenen Literatur ist sehr schmal. Vor allem vor den Ferien ist ein Run auf die aktuellen Bücher, aber Vieles ist bereits ausgelehnt.

Der Platzmangel zeigt sich vor allem an Mittwochnachmittagen, an Freitagnachmittagen, an Samstagmorgen und vor allem vor und nach den Ferien noch extremer. Schlangenweise stehen die Leute für die Ausleihe und Bücherrückgaben.

Zusammengefasst sprechen diese Argumente für einen Ausbau:

1. Die Bibliothek sollte ihr Bücher und "Non-Book" Angebot vergrössern können, da im Vergleich zu früher fast 5-mal mehr Medien ausgeliehen werden.
2. Die Bücher sollten kundenfreundlich präsentiert werden können.
3. Jährlich gibt es Neueinschreibungen, neue Kundinnen und Kunden, es besteht also Ausbaupotential!
4. Es braucht mehr Platz für Mütter und Väter mit Kleinkindern und mehr Platz für alle anderen Bücherwürmer, ob jung oder alt!
5. Nicht alle Menschen können es sich leisten Bücher zu kaufen und sind darauf angewiesen, dass es eine Bibliothek gibt, wo man günstig Bücher ausleihen kann.
Hinzu kommt, dass die Bibliothek einen sehr guten zentralen Standort hat.

In ihrer Motion verlangen Judith Luthiger und Mitunterzeichnende lediglich eine Vergrößerung der Gemeindebibliothek und es liegt im Ermessen des Gemeinderates, in welchem Rahmen diese umgesetzt wird. Das Bedürfnis nach Vergrößerung ist ausgewiesen und der Budgetbetrag hält sich absolut in Grenzen, kein Luxus, sondern Notwendigkeit. Judith Luthiger bittet alle die Motion zu unterstützen.

Helene Meyer-Jenni fasst zusammen, dass Judith Luthiger in ihrer Motion "Die Krienser Gemeindebibliothek braucht mehr Raum" ausführt, dass die im Jahre 1983 eröffnete Gemeindebibliothek, trotz einer Steigerung der Medienausleihe um 300 % und einem markanten Anstieg der zur Verfügung stehenden Bücher zur Ausleihe von 8'400 auf heute 15'000, immer noch über dasselbe Raumangebot verfügt.

Es ist tatsächlich so, dass die Krienser GBK auf dem Hofmattplatz sich grosser Beliebtheit und einer regen Ausleihe erfreut, aber auch seit Jahren massiv an ihre Kapazitätsgrenzen stösst bzw. "aus allen Nähten platzt". Die Gemeindebibliothek Kriens gehört wie die Bibliotheken der Gemeinden Adligenswil, Emmen, Horw, Littau, Luzern und Vitznau dem Bibliotheksverband Region Luzern (BVL) an. Die Vergleichszahlen mit den andern BVL-Bibliotheken zeigen ein deutliches Bild. So verfügt die Gemeinde Kriens mit Abstand über die kleinste Bibliothek. Ganz besonders markant ist dies, wenn die Fläche in Relation zur Bevölkerungszahl gestellt wird (siehe dazu BVL-Jahresbericht 06). Die GBK weist hinter Luzern die zweithöchste Ausleihe pro m² auf. Die sehr knappen Raumverhältnisse bewirken, dass die zur Verfügung stehenden Medien beschränkt werden müssen, obwohl Kriens als BVL-Bibliothek über die entsprechenden Medien verfügen würde.

Die GBK wird von der Bevölkerung sehr geschätzt und rege benutzt, was die Steigerung der Nachfrage nach Medien seit 1984 um fast 300 % bestätigt. Zwar zeigt sich ein Ausleihrückgang seit 2006, dieser ist aber im BVL und in anderen Schweizer Bibliotheken genauso zu beobachten. In Kriens ist zudem zur Zeit spürbar, dass die Mitglieder des Vereins "Pro Gemeindebibliothek" neu für die Buchausleihen bezahlen müssen und deswegen kostenbewusster auswählen und weniger verlängern als früher. Die Ausleihen werden sich auf hohem und realistischem Niveau einpendeln.

Dem Gemeinderat ist seit Jahren klar, dass das Medienangebot der Einwohnerzahl angepasst und ausgebaut werden soll. Nach den SAB-Richtlinien braucht es mindestens 1 Buch und 0,2 weitere Medien ("Non-Books") pro Einwohnerin/Einwohner. Dies wären für Kriens 25'500 Bücher und ca. 5'000 "Non-Books".

Laut den Richtlinien der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft der allgemeinen öffentlichen Bibliotheken (SAB) braucht es 30 m² pro 1'000 Medien. Die Gemeindebibliothek Kriens (GBK) ist weit davon entfernt mit ihren aktuell 220 m² Bibliotheksfläche und einem Medienbestand von rund 15'000.

Dringend mehr Platz und Medien braucht es für die Vorschulkinder. Das Angebot an Medien für diese Gruppe ist seit langem ungenügend. Hier verfügt die GBK noch über Entwicklungspotenzial.

Wichtig ist dabei auch zu beachten, dass die GBK kein Ersatz für die Schulbibliotheken (und umgekehrt) ist und auch künftig nicht sein kann. Die Schulbibliotheken sind sehr dezentral in den jeweiligen Schulanlagen untergebracht und verfügen nur über einen beschränkten Bestand, der explizit auf die Schulen ausgerichtet ist. Müsste dieses Angebot ebenfalls in die GBK integriert werden, wäre der Raum- und Medienbedarf um ein Vielfaches höher. Beson-

ders zu beachten ist aber, dass die Schulbibliotheken während den Schulstunden genutzt werden und die Medien unmittelbar zur Verfügung stehen müssen.

Bereits seit einigen Jahren haben sich Betriebskommission und Gemeinderat mit möglichen Erweiterungen der GBK beschäftigt. Da sich der Standort auf dem Hofmattplatz als sehr zentral erweist und sich in einem gemeindeeigenen Gebäude befindet, wird dieser nach wie vor als ideal erachtet. Bereits vor dem Eingang der Motion Luthiger hat die Schulverwaltung gemeinsam mit dem Baudepartement die Situation vor Ort erneut detailliert beurteilt. Mit der Veröffentlichung der Motion hat sich einer der heutigen Mieter eines Geschäftslokals auf dem Hofmattplatz gemeldet und informiert, dass er seinen Betrieb verändern möchte und somit sein Ladenlokal frühzeitig zur Verfügung stellen könnte. Diese Option wurde in die Überprüfung des Standortes und eine mögliche Erweiterung miteinbezogen. Auf Grund des Resultates der Kostennutzen-Berechnung beabsichtigt der Gemeinderat nun die heutige Gemeindebibliothek mit einer Fläche von 227 m² mit zwei angrenzenden Räumlichkeiten von 55 m² bzw. 76 m² auf neu 358 m² zu erweitern.

Diese Flächen können mit absolut vertretbarem Aufwand und einfachen baulichen Veränderungen (Mauerdurchbrüche) zu einer deutlichen Entlastung der Raumnot führen. Die notwendigen Kosten von Fr. 125'000.00 sind im Voranschlag 08 vorgesehen. Da der heutige Mieter sein Lokal auf den Sommer 08 zur Verfügung stellen möchte, wäre somit ein Umbau und die Erweiterung der GBK während den Sommerferien 08 für alle Beteiligten ideal.

Durch diese Erweiterung der GBK müssen sowohl die Betriebskosten leicht erhöht (mehr Fläche ergibt mehr Aufwand in der Betreuung der Medien und der Vor- und Nachbereitung der Ausleihen) sowie der Mietaufwand auf die neue Fläche angepasst bzw. erhöht werden.

Eine Verschiebung der GBK in das künftige Dienstleistungszentrum auf dem Pilatus-Areal wird als deutlich schlechtere Variante beurteilt, da diese bestimmt kostenintensiver und erst mittel- bis langfristig umsetzbar ist. Die Erweiterung am heutigen Standort nutzt die gute Etablierung an zentraler Lage und schafft vorerst eine deutlich bessere Raumsituation, obwohl langfristig eine nochmalige Erweiterung in Betracht gezogen werden muss.

Der Gemeinderat erachtet die unvorhersehbare Situation mit dem Wegzug eines Mieters und der frei werdenden Ladenfläche als Chance, ein jahrelanges Problem (mindestens teilweise) lösen zu können und beantragt dem Einwohnerrat, dem Mehraufwand (einmalig Fr. 125'000.00) im Voranschlag 08 für die Erweiterung der GBK zuzustimmen.

Es wäre sehr sinnvoll, für die im nächsten Jahr das 25-Jahre-Jubiläum feiern könnende GBK die Erweiterung erzielen zu können.

Daher ist der Gemeinderat bereit, die Motion entgegen zu nehmen. Sofern der Einwohnerrat der beschriebenen Vorgehensweise zustimmt, kann die Motion bereits in einem Jahr (da erledigt) abgeschlossen werden.

Der Gemeinderat dankt für die Unterstützung und freut sich, dass damit der GBK und allen Leserinnen und Lesern zu ihrem 25-Jahre-Jubiläum ein wunderbares Geschenk gemacht werden könnte.

Namens der FDP-Fraktion anerkennt Matthias Senn, dass die Bedürfnisse der Gemeindebibliothek nicht mehr die gleichen sind wie vor 24 Jahren. Die FDP-Fraktion unterstützt das Anliegen, dass das Angebot für die Benutzenden gut und attraktiv sein soll und sie sieht die

besondere Bedeutung einer Bibliothek für die Bildung und das Volkswissen. Wenn die Krienser Bibliothek die höchste Mediendichte hat, kann man dies auch als Kompliment für einen effizienten Betrieb sehen.

Die FDP hat allerdings Mühe mit dem politischen Prozess, dass der Einwohnerrat heute über eine Motion diskutiert, entscheidet und bei einer Überweisung gleichzeitig Budgetpositionen gutgeheissen werden wie die Investition für die Erweiterung von 124'000.00 Franken, die Erhöhung der Mietzinse von Fr. 48'000.00 auf Fr. 59'500.00 sowie die Erhöhung der Personalbesoldungen von Fr. 85'300.00 auf 94'500.00.

Die FDP-Fraktion verstehen parlamentarische Vorstösse als Instrument, dem Gemeinderat Aufträge zu erteilen, nicht aber als Instrument, um definitive Entscheidungen zu treffen. Der Gemeinderat soll Gelegenheit dazu haben, Vor- und Nachteile zu analysieren und seine Abklärungen und Argumente darzulegen. Die Exekutive soll dort selber entscheiden, wo sie zuständig ist oder dem Einwohnerrat seinen Antrag mit Bericht und Antrag unterbreiten, wenn das Parlament entscheiden soll.

Selbstverständlich ist es positiv, wenn der Gemeinderat rasch auf Bedürfnisse reagiert, rasch handelt und die Gelegenheit nutzt, wenn Räumlichkeiten neben der Bibliothek frei werden. Die FDP-Fraktion fragt sich dagegen: Ist die Vergrösserung des Raumangebotes die einzige mögliche Massnahme? Gibt es in einem Bibliotheksbetrieb nicht auch Optimierungen, in dem z.B. wenig ausgeliehene Bücher schneller ausgemistet werden? Bedeutet mehr Raum automatisch auch mehr Personal? Muss die Erhöhung der Staatsquote bei einem betrieblichen Bedürfnis immer die einzige mögliche Lösung sein? Handelt es sich um eine "Need to have"- oder "Nice to have"-Massnahme? Wird ein Element der Kulturstättenplanung nicht zu früh einer definitiven Lösung zugeführt?

Gerne vergleicht die FDP die Situation mit einem Verkaufsgeschäft, welches sich den veränderten Bedürfnissen der Kundschaft anpassen will. Die Vergrösserung der Verkaufsfläche ist eine mögliche Lösung, wenn Mehreinnahmen erwirtschaftet werden können. Die Verantwortlichen überlegen sich aber auch andere Massnahmen, beispielsweise der Verzicht auf einen Sortimentsbereich oder verlängerte Öffnungszeiten, und entscheiden sich dann für die Lösung, von der sie meinen, dass sie wirtschaftlich oder betrieblich vertretbar ist.

Für die FDP-Fraktion ist die Überweisung des vorliegenden Vorstosses als Postulat der richtige Weg, um dem Gemeinderat den Auftrag zu erteilen, das Raumproblem Gemeindebibliothek zu analysieren und Lösungen zu suchen. Die Überweisung als Motion als Entscheid für eine Vergrösserung mit direkter Relation zum Budget lehnt die Fraktion dagegen ab, weil es politisch das falsche Vorgehen ist.

Werner Birrer staunt, wie lange man über dieses Thema spricht, obwohl es einfach wäre, schnell eine Lösung zu finden. Es darf nicht sein, dass die engen Zustände in der Gemeindebibliothek so belassen werden. Er findet, dass die Situation, welche sich mit dem frühzeitig zur Verfügung gestellten Ladenlokal auf dem Hofmattplatz bietet, genutzt werden sollte, da diese Lösung für alle Gewinn bringt. Die Motion sollte seiner Meinung nach jedoch als Postulat überwiesen werden.

Ursula Müller findet, dass endlich eine schnelle und kluge Lösung für dieses Problem vorhanden ist. Die Gemeindebibliothek ist eine wichtige kulturelle Einrichtung für die Freizeitgestaltung der Krienser Bevölkerung. Sie versorgt die Bürger mit Literatur und Information. Die Bib-

liothek ist eine Dienstleitung der Gemeinde für allgemeine Bildung und Informationsversorgung. Sie ist ein beliebter Begegnungs- und Veranstaltungsort (z.B. die Erzählnacht vom kommenden Freitag).

Die Gemeindebibliothek hat sich seit der Eröffnung im Jahr 1983 stetig weiterentwickelt. Das Angebot hat sich stark erweitert. Die angebotene Dienstleistung in einer heutigen Bibliothek umfasst neben Büchern auch Publikationen und Informationen in digitaler Form auf Datenträgern aller Art. Es gibt z.B. viele Sachbücher und Fachzeitschriften, welche sehr geschätzt und gefragt sind. Für alle diese Dienstleistungen ist der Platz seit längerem ungenügend, die Bibliothek ist stark begrenzt mit ihren Möglichkeiten.

Die vorgesehene Erweiterung ist eine positive Lösung. Die CVP/JCVP-Fraktion unterstützt dieses Anliegen. Wichtig aber zu bedenken ist, dass die zusätzlichen Quadratmeter immer noch weit unter dem errechneten Platzbedarf der Richtlinien für allgemeine öffentliche Bibliotheken – verglichen mit der Einwohnerzahl und der Frequenzzahl – ist.

Simon Konrad ist verwirrt. Er versteht nicht, weshalb über dieses Thema eine halbe Stunde diskutiert wird, obwohl die Kompetenz beim Gemeinderat liegt.

Helene Meyer-Jenni findet, dass man es auch so sehen kann. Die Erweiterung der Gemeindebibliothek ist aber eine Position im Budget über welches der Einwohnerrat bestimmen kann.

Abstimmung

Mit 17:5 Stimmen wird dieses Anliegen als Motion überwiesen.

Konto Nr. 720.00.434.00 (Seite 43)

6.3. Motion Heiz namens der SVP-Fraktion: Senkung der
Kehricht-Grundgebühr pro Haushalt

Nr. 187/07

Martin Heiz hält fest, dass die Rechnung für die Abfallbeseitigung im Jahr 2006 sehr gut ausgefallen ist. Der Überschuss weist Fr. 379'264.70 aus, die Einlage in die Spezialfinanzierung ist damit auf Fr. 742'011.50 angestiegen. Da die Kehrichtentsorgung rückläufig ist, möchte die SVP-Fraktion einen weiteren Anreiz zur korrekten Entsorgung des Kehrichts schaffen und hat deshalb diese Motion eingereicht. Die Motionäre finden es sehr wichtig, dass man etwas an die Bevölkerung zurück gibt.

Cyriil Wiget hält einleitend fest, dass am 5. April 2007 die Motion zur Senkung der Kehricht-Grundgebühr von Martin Heiz (SVP) eingegangen ist, mit der Begründung, dass die Rechnung für die Abfallbeseitigung im Jahr 2006 einen Überschuss von Fr. 379'264.70 ausweise. Die Einlage in die Spezialfinanzierung sei damit auf Fr. 742'011.50 angestiegen. Der Gemeinderat wird aufgefordert, die Kehrichtgebühren um 15 % zu senken.

Bereits im Jahr 2005 reichte Pia Zeder namens der Grünen eine ähnlich lautende Motion ein. Damals konnte die Grundgebühr auf Grund der erfolgreichen Einführung der verursacherge-

rechten Kehrrichtgebühren und der damit verbundenen markanten Reduktion des brennbaren Kehrrichts von Fr. 100.00 auf Fr. 90.00 gesenkt werden. An dieser Stelle möchte Cyrill Wiget festhalten, dass der Gemeinderat es ohnehin als Dauerauftrag erachtet, diese Gebühren im Rahmen der Budgetierung jährlich zu überprüfen und wenn nötig anzupassen.

Der bessere Rechnungsabschluss 2006 hat unter anderem folgende Gründe:

- Vom GKKU hat die Gemeinde einen Anteil der ausserordentlichen Gewinnausschüttung im Betrag von Fr. 153'700.— erhalten.
- Die Tonnenentschädigung für Kehrrecht sowie der Altpapiererlös sind höher ausgefallen als budgetiert.
- Der Arbeitsaufwand beim Werkhof und der Umwelt- und Naturschutzstelle für Abfallbeseitigung war kleiner als erwartet.
- Auf Grund eines regional koordinierten Sammelangebotes für Glas, Alu/Stahlblech, Karton und Papier haben auch die Kosten für die Separatsammlungen weiter optimiert werden können. Zudem hat sich die Anschaffung von neuen Glascontainern erübrigt. Die neuen schallgedämpften Containertypen mit System Pilzentleerung (pro Farbe ein Container) können nun beim GKKU gemietet werden. Die kostenaufwendigere Sammlung von Ganzglasflaschen ist per 2007 aufgehoben worden.

Eine dauernde Kostensenkung im Bereich Abfallbeseitigung ist somit absehbar und erlaubt eine weitere Senkung der Grundgebühr. Der Gemeinderat wird im Rahmen der Budgetberatung 2008 den Antrag stellen, die Grundgebühr pro Haushalt von Fr. 90.00 auf Fr. 80.00 zu reduzieren.

Die Information der Einwohnerinnen und Einwohner erfolgt nach dem Beschluss des Einwohnerrates via Kriens Info sowie beim Versand der Kehrrechtrechnungen 2008.

Wie bei den anderen Spezialfinanzierungen ist es auch bei der Abfallbewirtschaftung sinnvoll, gewisse Reserven zu bilden. Der Bestand in der Spezialfinanzierung ermöglicht es, weitere sinnvolle Investitionen in der Abfallbeseitigung zu tätigen. So stehen beispielsweise noch Projekte an wie:

- Unterflur-Sammelstellen im Zentrum (sind bedienerfreundlich, bieten mehr Kapazität, verursachen weniger Lärm, ergeben ein sauberes Bild). Die neue Zentrumssammelstelle in Horw bewährt sich sehr.
- Vermehrte Einsätze gegen das Littering
- Erstellung eines Ökihof-Satelliten im Zentrum (eine entsprechende Motion liegt bereits vor).

In diesem Zusammenhang darf erwähnt werden, dass andere Spezialfinanzierungen wie Feuerwehr, Kanalisationen oder Wasserversorgung über Bestände in Millionenhöhe verfügen. Diese Beträge dienen zur Finanzierung von nötigen Investitionen. Im Vergleich dazu fällt die Spezialfinanzierung Abfall noch bescheiden aus.

Der Gemeinderat ist somit bereit, die Motion entgegenzunehmen.

Abstimmung

Einstimmig wird diese Motion überwiesen.

Konto Nr. 780.00 (Seite 45)

6.4. Motion B. Bienz und Mitunterzeichnende: Wiederaufnahme
des Energieförderprogramms mit Speisung von Fr. 100'000.00
aus dem Gewinn des GKLÜ

Nr. 197/07

Bruno Bienz hat mit Freude zur Kenntnis genommen, dass der Gemeinderat diese Motion entgegennehmen will. Es gibt auch triftige Gründe dafür:

Würde heute die beste, verfügbare Technik eingesetzt, liesse sich der Energieverbrauch um 20 bis 30 Prozent senken. Verschiedene Studien untersuchten, warum bestehende energieeffiziente und umweltfreundliche Produkte nicht stärker nachgefragt werden. Im Vordergrund stehen beim Kaufentscheid noch immer die höheren Investitionskosten. Hier muss der Hebel von der Politik angesetzt werden. Durch ein Energieförderprogramm wie das in Kriens werden solche Kriterien vermindert, denn die Gründe für eine Förderung eines Energieprogramms sind stark.

Gründe für eine Förderung:

- Durch das Förderprogramm sollen Impulse zur verstärkten Energieeinsparung und Verringerung von Schadstoffemissionen, zur rationellen Energieverwendung und zur Nutzung erneuerbarer Energien gegeben werden, sowie durch einen breiten Einsatz neuer Technologien einen Anreiz für weitere Entwicklungen geschaffen werden.
- Fördermittel sind das Thema schlechthin, für jeden, der einen Neubau oder eine Sanierung plant. Viele Investitionen werden überhaupt nur getätigt, wenn oder weil es öffentliche Zuschüsse gibt. Fakt ist auch, dass jeder Franken Förderung mehrere Franken Investitionen auslöst. Auch führen Fördermittel dazu, dass neue Vorhaben ernsthaft überlegt werden. Viele Bürger sind zu Investitionen in energiesparende Maßnahmen bereit, wenn sie eine Anschubfinanzierung erhalten und durch lokale Beratung in ihrem Vorhaben unterstützt werden.
- Das Förderprogramm dient nicht nur dem Umweltschutz, sondern auch dem Erhalt bzw. Ausbau von Arbeitsplätzen in Kriens und ist daher auch als Beitrag zur Stärkung der Wirtschaft zu sehen.
- Eine starke, aktive Wirtschaft ergibt auch mehr Steuern.
- Es stärkt unsere Stellung als Label Energiestadt.
- Das Förderprogramm ist auch gut für das Image der Stadt Kriens.
- Es ist eine ideale Ergänzung zum Klimarappen und dem kantonalen Energieprogramm.

Mit dem Gewinn aus dem GKLÜ hat der Einwohnerrat jetzt die Möglichkeit, ohne Belastung des Budgets, dieses Programm wieder zu reaktivieren und so einen wichtigen Beitrag für die Zukunft der Energiestadt Kriens zu leisten.

Daher bittet Bruno Bienz den Einwohnerrat, dem Antrag von 100'000.00 Franken für die Wiederaufnahme des Energieförderprogramms zuzustimmen. Es ist nicht nur ein Zeichen für die Umwelt, sondern es wird aktive Wirtschaftsförderung für das Krienser Gewerbe betrieben.

Für Cyrill Wiget mag es erstaunen, dass der Gemeinderat diese Motion entgegengenommen hat, obwohl das Budget im Defizit ist. Aus diesem Grund möchte er ein wenig weiter ausholen.

Am 25. Mai 2007 ging von Bruno Bienz (Grüne) und Mitunterzeichnenden eine Motion zur Wiederaufnahme eines kommunalen Energieförderprogramms ein, welches mit 100'000.00 CHF aus dem Gewinn des GKLÜ gespiesen werden soll. Bruno Bienz macht dabei geltend, dass ein wesentlicher Teil dieses Ertrags aus der erneuerbaren Energieproduktion stammt und es deshalb sinnvoll sei, einen Teil dieses Gewinns wieder zweckgebunden in erneuerbare Energien zu investieren. Ein Energieförderprogramm bringt laut dem Motionär einen Modernisierungs- und Investitionsschub und damit verbunden Arbeit und Verdienst für die lokalen Gewerbebetriebe mit sich. Ausserdem gäbe die Wiederaufnahme eines Förderprogramms der Gemeinde einen wichtigen Schub für die Zukunft als Energiestadt.

Rückblick Förderprogramm Kriens 2002-2005

Die Gemeinde Kriens richtete, gestützt auf den Entscheid des Einwohnerrates vom 10.5.2001, zur Förderung erneuerbarer Energien finanzielle Beiträge aus. Unterstützt wurde dabei die Erstellung von Holzzentralheizungen (3'000.00 CHF pro Anlage) und Solaranlagen (100.00 CHF/m²). Die für den Weiterbetrieb des Förderprogramms nötigen, jährlich budgetierten Gelder (gemäss Einwohnerratsbeschluss 60'000.00 CHF/Jahr) wurden im Rahmen des Sparpakets gestrichen, so dass das Programm nur noch bis zur Ausschöpfung der vorhandenen Mittel im Jahr 2005 weitergeführt werden konnte. Insgesamt bewilligte die Gemeinde 47 Gesuche. Durch das Förderprogramm wurde die Erstellung von insgesamt 26 Holzzentralheizungen und 21 Solaranlagen unterstützt. Die geleisteten Förderbeiträge von total 94'079.00 CHF lösten vor allem beim einheimischen Heizungs- und Sanitärgewerbe Investitionen in der Grössenordnung von 620'000.00 CHF aus. Insgesamt liefern die installierten Anlagen (Solar und Holz) jährlich rund 350'000 kWh Energie, was rund 35'000 Litern Heizöl entspricht.

Vorteile eines Förderprogramms

Mit einem Förderprogramm werden private Investoren dazu ermuntert, in energetisch sinnvolle Anlagen, Bauten und Dienstleistungen zu investieren. Die Fördergelder sollen dabei nur einen geringen Teil der tatsächlichen Investitionskosten abdecken, jedoch massgeblich zu einer nachhaltigen Entscheidungsfindung beitragen. Ein Energieförderprogramm in Kriens könnte sich dabei durch folgende positive Eigenschaften auszeichnen:

- Steigerung der lokalen Wertschöpfung
- Vermehrter Einsatz einheimischer Energieträger
- Eigenständige Energieversorgung
- Reduktion des lokalen CO₂-Ausstosses
- Wahrnehmung der Vorbildfunktion als Energiestadt
- Befriedigung des öffentlichen Interesses nach einem Förderprogramm
- Wiederaufnahme eines Energieförderprogramms in Kriens

Eine Umfrage unter den im GKLÜ zusammengeschlossenen Gemeinden hat gezeigt, dass es keine einheitliche Handhabung bei der Verwendung der Rückvergütung gibt. Die Gewinnausschüttung wird zwar meistens der Spezialfinanzierung Abfall zugeführt, in einigen Gemeinden (z.B. Malters, Gisikon, Honau) werden die Gelder aber der ordentlichen Rechnung gutgeschrieben. Eine rechtliche Abklärung durch den GKLÜ beim Anwaltsbüro Rudolf&Bieri hat zudem ergeben, dass der ausgeschüttete Gewinn nicht zwingend der Spezialfinanzierung Abfall zugeführt werden muss, um dem Art. 32a USG (Kostendeckungsprinzip) zu genügen. Begründet wird dies damit, dass der Gewinn des GKLÜ nicht direkt aus den Abfallgebühren erwirtschaftet wird, sondern grösstenteils von einer nicht zwingend notwendigen Zusatzfähigkeit des GKLÜ (Wärme- und Stromproduktion) stammt. Somit wäre es unter der Wahrung des Kostendeckungsprinzips jeder Gemeinde selbst überlassen, über den Zweck der Rückerstattung zu entscheiden.

Bisher hat der Gemeinderat alle Anträge zur Wiederaufnahme eines Förderprogramms im Einwohnerrat mit der Begründung abgelehnt, dass die notwendigen finanziellen Mittel fehlen. Aus dem Verkauf von Strom und Abwärme erwirtschaftete der GKLÜ im Jahr 2006 einen Ertrag von mehr als 4'000'000.00 CHF. Diese Einnahmen haben wesentlich zum Rekordergebnis des GKLÜ im letzten Jahr beigetragen. Mit diesem Rekordgewinn des GKLÜ stehen nun auch der Gemeinde Kriens nicht budgetierte finanzielle Mittel zur Verfügung, womit die bisherige Begründung des Gemeinderates zur Ablehnung eines Förderprogramms hinfällig wird. Der Gemeinderat Kriens begrüsst deshalb grundsätzlich die Wiederaufnahme eines kommunalen Energieförderprogramms. Insbesondere auch deshalb, weil das nationale und das kantonale Förderprogramme, von welchem Krienser Liegenschaften profitieren können, nur die Sanierung von Gebäudehüllen unterstützen (Ausnahme: thermische Solaranlagen bei Altbauten), während der Einsatz von erneuerbaren Energien kaum gefördert wird. Diese „Förderlücke“ könnte durch ein kommunales Energieförderprogramm sinnvoll geschlossen werden. Der Gemeinderat ist somit bereit, die Motion entgegenzunehmen.

Robert Thalmann nimmt es vorweg, dass die SVP die Motion ablehnt und zwar vor allem aus drei Gründen:

1. Es gilt die Pflicht von der Kür zu unterscheiden. Die SVP-Fraktion zieht es vor, zuerst die Pflichten zu erfüllen. Da passt der Beitrag von Fr. 100'000.00 für einen sogenannten Energiefonds nicht in ihr Bild.
2. Die Förderung der alternativen Energien ist eine kantonale und nationale Aufgabe. Der Kanton Luzern hat ein neues Förderprogramm Gebäudeenergie für die Jahre 2007 – 2016 lanciert. Er unterstützt seit dem 1. April 2007 mit Förderbeiträgen und Energieberatung die energetische Gebäudeerneuerung und den Bau von Solaranlagen für Warmwasser bei bestehenden Wohnhäusern. Nach Robert Thalmanns Erachten ist es unnötig, ja gar ein Luxus das kantonale Förderprogramm mit einem kommunalen zu kumulieren.
3. Die Motion verlangt ausdrücklich, dass der Betrag von Fr. 100'000.00 mit dem Gewinn des GKLÜ finanziert werden soll. Die SVP-Fraktion ist damit nicht einverstanden. Es handelt sich um eine klassische Zweckentfremdung von Kehrichtgebühren. Hier besteht Erklärungsbedarf. Vom zuständigen Gemeinderat wird eine schlüssige Antwort erwartet, die auch rechtlich hieb und stichfest ist. Zumindes nach dem Verständnis von Robert Thalmann muss der Gewinn zwingend der Spezialfinanzierung Abfall gutgeschrieben werden. Alles andere ist unfair gegenüber den zahlenden Bürgern. Man kann von den Bürgern auch nicht verlangen, dass sie Wassergebühren zahlen und diese dann für die Äufnung eines Kulturfonds verwendet werden. Beim Abfall ist der "Fair"-ursachertarif der Grundsatz. Die Motion liegt im Widerspruch mit diesem Grundsatz. Ausserdem fragt er sich, was mit diesem Energieförderprogramm geschieht, wenn die Fr. 100'000.00 aufgebraucht sind.

Leo Bolzern stellt fest, dass Robert Thalmann bereits alles zu diesem Thema gesagt hat und schliesst sich seiner Meinung an. Nach eingehenden Diskussionen in der FDP-Fraktion ist diejenige mehrheitlich der Meinung die Motion abzulehnen. Seiner Meinung nach sollten diese Fr. 100'000.00 den Verursachern direkt zugute kommen. Sprich Senkung von Kehrichtgebühren, wo alle profitieren können, wie dies aus der Motion von Martin Heiz gefordert wird.

Gemäss Bernadette Hauser sind wir in der Schweiz überdurchschnittlich abhängig von Erdöl und von der Kernenergie. Erneuerbare Energieressourcen wie z.B. Wind, Holz, Sonnenenergie und Biogas werden lediglich zu 7.5 % genutzt.

Die Förderung von einheimischen erneuerbaren Ressourcen und Energien (wie Holz, Sonnenenergie und Abwärme) ist zukunftsgerichtet.

Die Förderung von Energieförderungsprogrammen stärkt das Bewusstsein im Umgang mit Energie und wirkt nachhaltig.

Zu erwarten, dass alle freiwillig Energie sparen, ist unrealistisch. Es braucht Gesetze und es braucht Förderprogramme. Förderprogramme wirken unterstützend und motivierend, um etwas in die Umwelt zu investieren. Die Motion von Buno Bienz ist eine Massnahme, die in diese Richtung zielt. Die CVP/JCVP-Fraktion hat jedoch folgende Anmerkungen:

Unter der Voraussetzung, dass dies abgeklärt und rechtlich möglich ist, dass ein Teil des Gewinns der GKLÜ aus der Spezialfinanzierung entnommen werden kann, um einen Fonds für Energieförderungsmaßnahmen zu speisen, finden die CVP/JCVP-Fraktion dies sinnvoll. Es ist jedoch wichtig, dass in einem Reglement klare Richtlinien bestehen, die darüber Auskunft geben, unter welchen Bedingungen und in welchen Ausmassen wer davon profitieren kann. (Besteht bereits gemäss Cyrill Wiget)

Eigentlich gehört der Gewinn des GKLÜ allen Steuerzahlenden und man könnte die Haltung vertreten, dass der Gewinn deshalb an alle zurückgeführt werden müsste. Da aber der Ertrag teilweise aus der erneuerbaren Energieproduktion stammt und von der Förderung von Alternativenenergien alle Steuerzahler profitieren, und dadurch konventionelle Energie gespart wird, kann dies auch gegenüber dem Steuerzahlenden verantwortet werden, dass mit einem Teil dieses Überschusses ein Energieförderungsfond gespiesen wird.

Es gibt im Übrigen auch andere Bereiche, die alle Steuerzahlenden finanzieren, aber nicht alle im gleichen Masse davon profitieren. Diese Haltung entspricht dem Solidaritätsgedanken.

Ausserdem hat sich die CVP/JCVP-Fraktion die Frage gestellt, weshalb der Betrag genau Fr. 100'000 beträgt und ob dieser aus einem bestimmten Grund auf dieser Höhe festgelegt wurde.

Kriens ist eine Energiestadt, dies spricht sicher dafür, in die Energieförderung zu investieren. Die CVP/JCVP-Fraktion unterstützt diese Motion mehrheitlich.

Erich Tschümperlin findet, dass ein solches Energieförderprogramm teil der Attraktivität der Gemeinde Kriens für die Eigenheimbesitzer ist. Da diejenigen meistens finanzkräftig sind und hohe Steuerbeträge zahlen ist dies genau die Zielgruppe, welche die Gemeinde Kriens gerne aufnimmt.

Die liberale Seite verweist immer wieder auf das Freiwilligkeitsprinzip mit Anreizen. Nun werden über solche Anreize diskutiert und die liberale Seite verweigert ihre Unterstützung. Die Alternative wäre eine Verschärfung des Baugesetzes oder nichts zu unternehmen. Erich Tschümperlin fragt sich jedoch, wie sich dies mit dem Klimapapier der FDP vereinbaren lässt.

Die Hebelwirkung der Beiträge ist sehr gross und wird vor allem für die KMU gerade auch in Kriens beschäftigungswirksam. Die Kantonalen und kommunalen Programme ergänzen sich ideal.

Für Stefan Meyer ist dies ein origineller und willkürlicher Beitrag der Motionäre wie man Geld zweckentfremden kann. Er kann sich damit nicht einverstanden erklären.

Bruno Bienz weist darauf hin, dass schlussendlich der Einwohnerrat darüber bestimmen kann, ob diese Idee ausgeführt werden soll oder nicht. Er findet die Idee überhaupt nicht originell und willkürlich, denn in früheren Jahren hiess es immer, dass ein Energieförderprogramm im Budget keinen Platz hat.

Zudem findet es Bruno Bienz komisch, dass das Positionspapier der FDP anders ist, als die heutige Haltung.

Rolf Bättig ist der Meinung, dass der GKLU den Gewinn den zu teuren Abfallsäcken zu verdanken hat. Mit diesem Gewinn will nun etwas gefördert werden, womit sich aber vielleicht nicht alle einverstanden erklären können.

Der staatliche Eingriff ist in diesem Fall eine Wettbewerbsverzerrung. Es wäre schön, wenn es das Krienser Gewerbe treffen würde, aber das ist nicht garantiert und es kann auch durch niemanden beeinflusst werden. Der Weg zum Ziel ist jedoch der falsche.

Werner Baumgartner stellt fest, dass Rolf Bättig sagt, dass es sinnvoll ist das Klima zu fördern. Es haben nun endlich alle begriffen, dass die Klimaerwärmung ein Problem ist. Jetzt könnte man einmal etwas zur Verbesserung der Situation beitragen, wobei er auch ein Auge zudrückt, wenn es um die Verwendung des Gewinns des GKLU geht.

Er ist der Meinung, dass das Klima staatliche Massnahmen braucht, denn rein privatwirtschaftliche Eingriffe und Förderungen nützen nichts. Vorhin wurde über die Entlastung von Steuern gesprochen. Dort waren die Beträge viel höher. Hier wäre es nur ein kleiner Beitrag der geleistet werden soll.

Für Rolf Bättig sind Fr. 100'000.00 ein grosser Betrag. Er teilt die Sorge um das Klima. Die Klimafragen sind für ihn jedoch nicht kommunal sondern national, allenfalls kantonal zu lösen.

Werner Baumgartner will Fr. 100'000.00 nicht verharmlosen, es ist für ihn viel Geld. Er wollte nur sagen, dass dies ein Klecks ist im Gegensatz zum Problem welches zu lösen ist. Auch Kriens sollte seiner Meinung nach einen Beitrag leisten.

Gemäss Cyrrill Wiget existiert ein Reglement zu diesem Thema.

Zum Thema Willkür möchte er sagen, dass der GKLU abgeklärt hat, wie die aus der Abfallbewirtschaftung resultierenden Überschüsse, welche an die Gemeinden ausgeschüttet werden von den Gemeinden zu verwenden sind. Der GKLU kann geschäften, d.h. er kann z.B. von anderen Verbrennungsanlagen Kehrlicht kaufen und diesen verbrennen. Die Energie welche dann daraus resultiert kann weiterverkauft werden.

Alles was hier für das Klima gemacht wird, sind schlussendlich staatliche Eingriffe. Die Klimapolitik sollte alle etwas angehen.

Abstimmung

Mit 14:13 Stimmen wird diese Motion überwiesen.

Investitionsrechnung – Verwaltungsvermögen, Lift Gemeindehaus (Seite 1)

Werner Baumgartner möchte wissen, warum hier Fr. 440'000.00 eingesetzt werden, wenn man doch davon spricht, ein neues Gemeindehaus zu bauen. Welche Überlegungen stecken hinter dieser Investition?

Bruno Peter beantwortet diese Frage, nachdem Helene Meyer-Jenni kurz den Saal verlassen hat. Der Lift im Gemeindehaus ist nicht rollstuhlgängig. Dies führt seit längerem zu Problemen und es wurde entschieden, dass ein anderer Lift eingebaut werden muss. Deshalb sind Abklärungen mit der Denkmalpflege erfolgt, nachdem das Gemeindehaus unter Denkmalschutz steht. Nun ist das Projekt so weit, dass es jetzt ausgelöst werden kann.

Auch wenn die geplanten Wohnbauten in diesem Gebiet realisiert werden, wird das Gemeindehaus weiterhin ein Gebäude für die öffentliche Nutzung bleiben, beispielsweise für die Musikschule. Deshalb ist unbestritten, dass der Lift benötigt wird. Es handelt sich somit nicht um falsch investiertes Geld. Es geht darum, dieses Gebäude behindertengerecht in Stand zu stellen. Die heutige Situation ist ein grosses Problem für die vielen Rollstuhlgänger und Familien mit Kinderwagen. Der Sprecher bittet den Einwohnerrat deshalb darum, diese Investition unabhängig von einem allfälligen neuen Gemeindehaus zu betrachten.

Werner Baumgartner möchte noch wissen, ob dem Einwohnerrat ein entsprechender Bericht und Antrag vorgelegt wird.

Bruno Peter verneint dies.

Der Vorsitzende stellt fest, dass das Wort nicht mehr verlangt wurde. Wünscht jemand Rückkommen?

Investitionsrechnung – Verwaltungsvermögen, Lift Gemeindehaus (Seite 1)

Stefan Meyer möchte nochmals auf die Frage von Werner Baumgartner zurückkommen. Das Gemeindehaus steht schon seit Jahrzehnten. Das Anliegen, dieses für Behinderte gut zugänglich zu machen, leuchtet ein. Unklar ist aber, warum im heutigen Zeitpunkt Fr. 500'000.00 aufgenommen werden sollen. Er verlangt zu diesem Geschäft einen Bericht und Antrag, um diese Investition vertieft besprechen zu können.

Helene Meyer-Jenni weiss nicht genau, was Bruno Peter bereits ausgeführt hat. Selbstverständlich wird der Gemeinderat den Bericht und Antrag erarbeiten, wenn der Einwohnerrat

dies verlangt. Aufgrund der Grösse der Investition, hat der Gemeinderat aber entschieden, auf einen Bericht und Antrag an den Einwohnerrat zu verzichten. Im Übrigen war diese Investition auch bereits vor einem Jahr in der Investitionsrechnung aufgeführt. Damals war sie kein Gesprächsthema.

Das Gemeindehaus ist "denkmalgeschützt". Deshalb hat man ein Gesuch an kant. Denkmalpflege gestellt, damit ein entsprechender Beitrag vom Kanton gesprochen wird. Weil der Kanton Subventionen leistet, kann er aber auch etwas dazu sagen, wie dieser Lift aussehen soll.

Das Bedürfnis für diesen Lift ist riesig. Es vergeht keine Woche, in der die heutige Situation nicht ein Problem für Behinderte oder Kinderwagen darstellt. Auch für die Mitarbeitenden ist die heutige Situation kein zumutbarer Zustand. Der Einbau des neuen Liftes hätte schon längst erfolgen sollen, aber weil man den Beitrag des Kantons abholen wollte, hat man zugewartet. Nun möchte man diesen aber möglichst schnell umsetzen.

Werner Baumgartner wollte nur geklärt haben, welche Überlegungen zu dieser hohen Investition geführt haben - gerade weil von einem neuen Gemeindehaus die Rede ist. Im reicht aber die Erklärung des Gemeinderates aus.

Stefan Meyer möchte, das der Rat über folgenden Antrag befindet: *Der Gemeinderat unterbreitet dem Einwohnerrat einen Bericht und Antrag zur geplanten Erweiterung des Gemeindehaus.*

Der Vorsitzende lässt abstimmen:

Abstimmung

Mit 16:11 Stimmen wird der Antrag von Stefan Meyer überwiesen.

Susanne Lanz kann diesen Entscheid nicht ganz nachvollziehen. Einerseits redet man immer davon, dass man sparen will und nun verlangt man einen Bericht und Antrag für etwas, das der Gemeinderat wirklich in eigener Kompetenz entscheiden kann. Sie bedauert diesen Entscheid des Einwohnerrats sehr.

Der Vorsitzende stellt fest, das kein weiteres Rückkommen verlangt wird. Somit wird nun der Beschlusstext behandelt. Dazu liegt ein Antrag der FDP i.S. Steuersenkung vor. Dieser verlangt, dass Ziffer 3 des Beschlusstextes wie folgt angepasst wird: *Die Einwohnergemeindesteuer für das Jahr 2008 wird auf 1.95 Einheiten festgelegt.*

Räto Camenisch erinnert daran, dass die SVP-Fraktion diesen Antrag ebenfalls gestellt hat.

Simon Konrad erklärt, dass lange über diesen Antrag geredet wurde. Er hält daran fest und verlangt die Abstimmung.

Martin Heini opponiert dem Antrag. Dieser ist ein Ausblenden bekannter Tatsachen. Er stellt eine massiven Änderung des Budget und des Finanzplans dar. Er möchte deshalb – wie bereits erwähnt – einen angepassten Finanzplan sehen, bevor er entscheiden kann.

Bruno Bienz namens den Grünen opponieren dem Antrag ebenfalls. Heute ist nicht die entsprechende Finanzlage gegeben, um eine Steuersenkung zu realisieren.

Der Vorsitzende lässt über die Steuersenkung abstimmen:

Abstimmung

Mit 15:8 Stimmen wird dem Antrag auf Steuersenkung zugestimmt.

Franz Baumann akzeptiert das Abstimmungsergebnis. Die Stimmenthaltung ist zwar ein politisches Recht. In dieser so wichtigen Frage der Steuersenkung hat der Sprecher aber kein Verständnis dafür, dass sich vier Personen in diesem Rat in Volkes Vertretung nicht für ein Ja oder Nein zur Steuersenkung entscheiden können. Er schämt sich für dieses Parlament.

Werner Baumgartner erachtet diesen Kommentar für überflüssig. Was eine Fraktion macht, liegt immer noch in deren Zuständigkeit bzw. Kompetenz. Die CVP/JCVP-Fraktion hat ihren Entscheid i.S. Stimmenthaltung wohl überlegt.

Der Vorsitzende verliest den bereinigten Beschlusstext:

1. Die laufende Rechnung für das Jahr 2008

mit einem Gesamtaufwand von	Fr.	152'458'200
und einem Gesamtertrag von	Fr.	<u>149'153'200</u>
somit einem Mehraufwand von	Fr.	<u><u>3'305'000</u></u>

und die Investitionsrechnung für das Jahr 2008 mit

Investitions-Ausgaben von	Fr.	7'010'000
und Investitions-Einnahmen von	Fr.	<u>2'450'000</u>
d.h. mit Netto-Investitionen von	Fr.	<u><u>4'560'000</u></u>

werden genehmigt, ausgenommen diejenigen Investitionen in der Investitionsrechnung, für die dem Einwohnerrat ein separater Bericht und Antrag zu unterbreiten ist.

2. Der Gemeinderat wird ermächtigt, das erforderliche Fremdkapital zu beschaffen.

3. Die Einwohnergemeindesteuer für das Jahr 2008 wird auf 1.95 Einheiten festgelegt.

4. Die Feuerwehersatzsteuer für das Jahr 2008 wird auf 2 ‰ festgelegt (unverändert).

5. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

Ein Rückkommen wird nicht verlangt, weshalb der Vorsitzende abstimmen lässt:

Abstimmung

Mit 19:8 Stimmen wird der Voranschlag 2008 genehmigt.

7. Motion Piazza namens der CVP/JCVP-Fraktion:
Realisierung von e-government und bürgernaher Verwaltung in Kriens
Nr. 165/06

Daniel Piazza stellt fest, dass die Homepage der Gemeinde Kriens www.kriens.ch eine gute Informationsplattform mit übersichtlicher Struktur ist. Erfreulich ist, dass auch spezielle Bedürfnisse berücksichtigt werden. Seit Anfang 2006 ist beispielsweise eine barrierefreie Darstellung der Krienser Website möglich. So kann die Website problemlos auch von Sehbehinderten eingelesen werden.

Und doch erbringt die Homepage der Gemeinde Kriens - wie sie heute da steht - kein umfassendes Angebot. Auf der Homepage fehlen insbesondere Möglichkeiten der Interaktivität. Die CVP/JCVP-Fraktion könnte sich deshalb vorstellen, dass es beispielsweise ein Vorteil wäre, wenn man Informationen und Formulare herunterladen könnte, verbindliche Antworten bis hin zum rechtsgültigen Dokument erhält und dass man die beanspruchten Dienstleistungen auf der Homepage elektronisch bezahlen könnte. Sie denken, dass die Probleme im Bereich des Datenschutzes und diejenigen im Bereich der Sicherheit in der heutigen Zeit, in der bereits viele Personen ihre Bankzahlungen elektronisch über das sogenannte „E-Banking“ abwickeln, lösbar sind.

Schritte in Richtung der Realisierung einer umfassenden E-Government-Lösung sind bürgerinnen- und bürgerfreundlich. So ist die Erbringung von gewissen Dienstleistungen nicht mehr an Öffnungszeiten gebunden. Diese sind rund um die Uhr verfügbar. Wer wäre nicht auch schon froh gewesen, wenn er/sie abends um 20:00 Uhr, vor dem PC sitzt und beispielsweise die Unterlagen für die Anmeldung an einer Weiterbildungs-Schule zusammenträgt, eine Wohnsitzbestätigung bequem vom PC aus über die Homepage hätte bestellen können? Also nicht wie in der heutigen Situation, wo man es selbst mehrmals erlebt hat, dass man extra früher Feierabend machen musste bzw. am Morgen erst später zur Arbeit gehen konnte, um noch zu Büroöffnungszeiten bei der Einwohnerkontrolle beispielsweise eine Wohnsitzänderung zu melden oder eine Wohnsitzbestätigung zu erhalten. Wohl verstanden, dies ist keine Kritik an der Einwohnerkontrolle, absolut nicht! Aber das Angebot wäre einfach vielseitiger, flexibler und somit besser, wenn gewisse Dienstleistungen auch Online verfügbar wären. Dies hätte nicht zuletzt auch den positiven Nebeneffekt, dass durch automatisierte Abläufe eine Entlastung der Verwaltung die Folge wäre. Für alle Beteiligten ist eine solche moderne E-Government-Lösung also ein Gewinn. Es ist also eine Win-Win-Situation!

Es gibt aber noch eine andere, vom Bund anfangs 2005 eingeleitete Entwicklung, die auch den Bemühungen der Gemeinden, damit unter anderem der Gemeinde Kriens, dient:

Das Bundesamt für Kommunikation (BAKOM) hat die sogenannten elektronischen Signaturen den handschriftlichen Unterschriften gleichgestellt. Per 1. September 2005 wurden technische und administrative Vorschriften über Zertifizierungsdienste im Bereich der elektronischen Signatur in Kraft gesetzt. Erste Anbieter sind zum Beispiel Swisscom und die Post.

Unter anderem diese Entwicklung sowie die bereits erwähnten Vorteile haben schon einige Gemeinden (bspw. Baden) dazu gebracht, eine verstärkte Ausrichtung auf die Erbringung von Online-Dienstleistungen zu machen. Dort hat sich herauskristallisiert, dass die Bedürfnisse nach Online-Dienstleistungen (eben solchen sogenannten E-Government-Dienstleistungen) der Bürgerinnen und Bürger immer grösser werden, gerade eben auch dann, wenn die Leute sehen, dass das Online-Angebot immer grösser und besser ist. Mit Blick auf die Online-Lösungen der Gemeinden in der Zentralschweiz, kann man feststellen, dass Nachholbedarf besteht, nicht nur in Kriens. Im Gegensatz dazu besteht in anderen Schweizer Regionen bereits eine relativ grosse Vielfalt an guten Homepage-Lösungen. Wer weiss, vielleicht kann die Gemeinde Kriens sogar eine Vorbildfunktion in Sachen E-Government in der Zentralschweiz übernehmen...

Was wäre denn nun konkret vorstellbar oder wünschbar? Beispielsweise, also wirklich nur im Sinne von Beispielen, wären es Online-Dienstleistungsangebote wie:

- Bestätigung des Wohnsitzes
- Bestellung von Parkkarten
- Registrierung von Geburten und Hochzeiten
- Ausstellen von Niederlassungsausweisen
- Erstellung von Ehefähigkeitsausweisen
- elektronische Meldung von Fundgegenständen
- und so weiter...

An dieser Stelle sollen zwei Dinge erwähnt werden, welche für die Motionäre bei einem Ausbau des Online-Dienstleistungsangebots wichtig sind:

1. „Wählen und Abstimmen“ im Netz stellt aus der Sicht der CVP/JCVP-Fraktion den heikelsten Bereich im E-Government dar. Dieser wird mit der vorliegenden Motion jedoch nicht tangiert. Dieser soll sich hauptsächlich auf Verwaltungsdienstleistungen konzentrieren.
2. Falls möglich und sinnvoll sind bestehende Software-Lösungen von anderen in etwa vergleichbaren Gemeinden und Städten (wie bspw. Rapperswil-Jona mit 26'000 Einwohnern oder Baden mit 16'500 Einwohnern) - adaptiert auf die Bedürfnisse der Gemeinde Kriens - zu implementieren. Auf kostspielige Eigenentwicklungen kann verzichtet werden.

Zusammenfassend: E-Government ist ein andauernder Prozess, der sich verstärkt fortsetzen wird und dem sich auch Kriens nicht entziehen kann und darf. Es ist aber vor allem auch ein Kulturwandel, der in der Krienser Verwaltung nötig ist. Dabei genügt das einmalige Erstellen eines Internet- und E-Government-Auftrittes nicht. So muss bspw. grundsätzlich der Einsatz von medienbruchfreien Transaktionen vorangetrieben werden.

Mit der Einführung von landesweit anerkannten digitalen Zertifikaten sowie der rechtlichen Regelung auf Bundesebene steht einer Umsetzung eines bedürfnisorientierten Ausbaus der Online-Dienstleistungen, dem E-Government, in der Gemeinde Kriens nichts mehr im Wege. Ganz im Sinne der Befriedigung des zunehmenden Bedürfnisses von vielen Krienserinnen und

Kriensern soll in den nächsten Jahren Schritt für Schritt die Umsetzung der vorliegenden Motion in die Wege geleitet werden.

Die CVP/JCVP-Fraktion ist der Meinung, dass es für die Umsetzung Zeit braucht. Trotzdem würden sie sich aber freuen, wenn in absehbarer Frist ein konkreter und verbindlicher Zeitplan erstellt wird.

Helene Meyer-Jenni fasst zusammen, dass Daniel Piazza und Mitunterzeichnende mit der Motion "Realisierung von E-Government und bürgernaher Verwaltung in Kriens" Angebots-Erweiterungen auf der Homepage der Gemeinde Kriens verlangen.

Der Gemeinderat teilt die Beurteilung der Motionäre, dass sich die Website der Gemeinde grosser Beliebtheit erfreut. Neben einem hohen Informationsgrad und einer übersichtlichen Grundstruktur wird auch immer wieder die hohe Aktualität gewürdigt. Dies belegen auch nachfolgende Zahlen:

Webstatistik von www.kriens.ch für die Periode vom 1.1. bis 31.5.2007

Besuchergesamtzahl	216.179
Gesamtzahl der Seitenansichten	814.743
Durchschnittliche Besucher pro Tag	1.431,65
Durchschnittliche Seitenansichten pro Tag	5.395,65
Durchschnittliche Treffer pro Tag	32.147,20
Durchschnittliche Seitenansichten pro Besucher	3,77
Durchschnittliche Besuchsdauer	00:06:45

15% steigen über die Startseite ein.

Der Stellenwert der digitalen Kommunikation hat sich in den letzten Jahren sehr stark vergrössert. Online verfügbare Informationen und Dienstleistungen der öffentlichen Hand sind in erster Linie eine Vereinfachung im Kontakt zwischen Bürgerinnen und Bürgern und der Verwaltung. Diese Dienstleistungen sind dann verfügbar, wann sie (unabhängig von Schalteröffnungszeiten) gefragt sind.

Hinter das oft gehörte Argument der Kostenersparnis dank E-Government-Dienstleistungen ist jedoch zumindest vorläufig ein Fragezeichen zu setzen. Trotz laufender Erweiterung der Internet-Verfügbarkeit kann noch lange nicht davon ausgegangen werden, dass die Abwicklung aller oder bedeutender Verwaltungsabläufe in absehbarer Zeit ausschliesslich auf digitalem Weg erfolgen wird. Insofern ist jede E-Government-Lösung eine zusätzliche Möglichkeit, die zwar zu weniger Schalterkontakten und weniger Telefonanfragen führen kann, die Abläufe und Dienstleistungen in der Verwaltung selber können nach wie vor nicht ersetzt und die Schalterkontakte nicht eliminiert werden.

Rückblick

Die heute betriebene Website ist bereits die vierte Generation einer Gemeinde-Homepage in Kriens. Eine erste Fassung der Website Kriens war eine statische Lösung, die einmal in der Woche aktualisiert wurde.

Bis ins Jahr 2002 war dann eine Lösung online, welche mit dem amerikanischen System «OBTREE» lief und erstmals von der Gemeindeverwaltung selbst bearbeitet werden konnte.

Das damals von einer Krienser Firma betriebene System zur Webseiten-Verwaltung (CMS, Content Management System) musste im Jahr 2002 stillgelegt werden, weil der Hersteller seine Lizenzierungspraxis so radikal umstellte, dass die Lösung für Kriens nicht mehr tragbar bzw. finanzierbar gewesen wäre.

Für den Relaunch entschied sich die Gemeinde Kriens nach einem umfassenden Evaluationsverfahren für die Lösung mit der Winterthurer Firma «Webtuning», die im Aufbau mit Homepages für andere Gemeinden (Herisau, Ebikon) bereits damals grosse Erfahrungen hatte. Schon diese Überarbeitung enthielt verschiedene Elemente des E-Governments. Diese hätten es den Einwohnerinnen und Einwohnern erlaubt, weitgehende Dienstleistungen auf dem digitalen Weg abzuwickeln. Allerdings erfolgte damals eine Reduktion des Projektes aus Zeitgründen (auf Grund der auslaufenden Obtree-Lizenz) sowie aus Kostengründen. Zudem waren einzelne Dienstleistungen des E-Governments damals noch nicht als Standard-Produkte verfügbar.

Eine vierte Fassung der Website der Gemeinde Kriens ging dann per Ende 2005 ans Netz. Zwei Elemente wurden insbesondere eingefügt:

1. Die Seitennavigation wurde sehbehindertengerecht umgebaut. Dies erlaubt es auch sehbehinderten Menschen, die Website mit heute verfügbaren Lesehilfegeräten zu benutzen.
2. Gleichzeitig wurde auch das Extranet eingeführt. In diesem passwortgeschützten Bereich können Mitglieder von Parlament und Kommissionen wichtige Dokumente miteinander austauschen. Die Korrespondenz des Einwohnerrates basiert seither im Wesentlichen auf diesem Instrument und stellt der Bevölkerung wichtige Dokumente aus dem Parlamentsbetrieb frei zur Verfügung.

Ausblick

In diesem Zweijahresrhythmus – in der digitalen Kommunikation ein gängiger Zyklus – ist jetzt eine weitere Überarbeitung in Planung. Dabei wird geprüft, ob diese zusammengelegt werden kann mit einem Projekt, das aus dem Ortsmarketing-Verein «Lust auf Kriens» an den Gemeinderat herangetragen wurde. Der Verein «Lust auf Kriens» arbeitet zur Zeit an der Entwicklung einer Dachmarke für Kriens, in deren Umsetzung das Webportal www.kriens.ch eine wichtige Rolle spielen wird.

Die Detailkonzeption zu diesem Projekt wird zurzeit erarbeitet und besteht insbesondere darin, dass der heutigen Website der Gemeinde Kriens ein «Eingangportal» vorgeschaltet werden sollte, auf dem alle wesentlichen Bereiche des Lebens in Kriens als Linksammlung abgebildet wird. Die Homepage der Gemeinde Kriens wäre danach über dieses Portal oder über die Direktadresse www.gemeindekriens.ch erreichbar. Die Basis-URL «kriens.ch» bleibt weiterhin in der Hand der Gemeinde Kriens.

Diese Neuerung würde zu einer Vereinfachung der Navigation führen im eigentlichen Internet-Auftritt der Gemeinde Kriens als politische Institution. Verschiedene Bereiche, die heute aus Tradition eigene Navigationspunkte besitzen, könnten anders besser platziert werden.

In diesem Zusammenhang wird sich auch die Gelegenheit bieten, die Anliegen eines erweiterten E-Governments erneut intensiv zu prüfen. Damit könnte die im Jahr 2002 erstellte Funktionsliste den heutigen Gegebenheiten und Anforderungen angepasst werden. Dazu soll eine Arbeitsgruppe (IT, Verwaltungsabteilung, Kommunikation) zu Händen des Gemeinderates ein Detailprojekt mit Prioritätenliste ausarbeiten.

Ziel des Projektes muss es sein, den Wünschen der Bevölkerung nach vereinfachten Abläufen im Kontakt mit der Verwaltung möglichst weit entgegenzukommen. Ebenso müssen aber die gesetzlichen Vorgaben und der Datenschutz vollumfänglich eingehalten werden.

Es gilt weiter zu berücksichtigen, dass Kriens keine (kostspieligen) Experimente unternimmt, sondern sich bestehenden Projekten anschliesst und Lösungen integriert. Technische Hindernisse, wie sie beim Start im Jahr 2002 noch vorhanden waren, dürften heute beim Einbau von E-Government-Lösungen dank umfassender Weiterentwicklung der Systeme in allen Bereichen kaum mehr vorhanden sein. Umso mehr gilt es zu prüfen, wie weit Neuerungen unter dem Schlagwort «E-Government» zu effektiven Verbesserungen führen, und wie weit sie zwar eine vordergründige Vereinfachung bringen, hintergründig aber Mehraufwand und damit auch Mehrkosten verursachen.

Auf Grund dieser Überlegungen ist der Gemeinderat bereit, die Motion entgegenzunehmen und die entsprechenden Schritte pragmatisch einzuleiten.

Patrick Koch sowie die SVP Kriens erkennt die Vorteile in der elektronischen Bürger-Behörden Kommunikation. E-Government bringt allen etwas. Berufstätige müssen nicht Rücksicht auf die meist ungünstigen Öffnungszeiten der Gemeindeverwaltungen nehmen. Der Gang zum Schalter entfällt, stattdessen benutzen Bürgerinnen und Bürger den 24 Stunden geöffneten virtuellen Schalter und können ihre Pflichten von zu Hause aus erfüllen.

Für die Verwaltung selbst liegen die Vorteile in der Einsparung von Kosten für Papier und Porto sowie in kürzeren Bearbeitungszeiten. Letzteres führt wiederum zu erhöhter Zufriedenheit bei den Bürgern. E-Government kann als ein Instrument zur Modernisierung der Verwaltung eingesetzt werden. Auch für die Wirtschaft ergeben sich durch E-Government entscheidende Vorteile. Anwendungen wie das Einholen von häufig benötigten Bewilligungen und Bezahlungen können sich insbesondere für die KMU auszahlen. Der virtuelle Schalter ist hier ein echter Standortvorteil.

Als grosser Nachteil von Behördenkontakten per Internet, wird die Möglichkeit des Datenmissbrauchs gesehen. So ist die Kopie einer Datei oder Ordners über ein Netzwerk deutlich schneller und einfacher als die Kopie eines Stapels Papier, der sich bei dem Bürger im Aktenschrank befindet. Die Beachtung datenschutzrechtlicher Grundsätze sowie der Einsatz innovativer Technologien zum Schutz der Privatsphäre bilden zudem die Basis für das Vertrauen der Nutzerinnen und Nutzer.

Bei der vorgeschlagenen Umsetzung einer E-Government-Lösung für sämtliche Stufen fordert die SVP Kriens eine Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden (z.B. Horw). Für eine Gemeinde wären die Kosten für die Entwicklung zu hoch. Bei einer gemeindeübergreifenden Lösung könnten die Aufwendungen unter den beteiligten Gemeinden aufgeschlüsselt werden. Die SVP Kriens hat gewisse Bedenken, dass das E-Government zu einem Fass ohne Boden avancieren könnte. So lehnen sie beispielsweise das E-Voting zum heutigen Zeitpunkt strikte ab.

Die SVP Kriens steht hinter dem E-Government. Die finanziellen Auswirkungen bei der Einführung in der Gemeinde Kriens sind jedoch für uns momentan noch nicht fassbar.

Aus den genannten Überlegungen plädieren wir für die Annahme des Vorstosses als Postulat.

Im Namen der SP/Grüne teilt Martin Heini mit, dass auch sie für das Eintreten auf die Motion sind.

Mit der Zeit gehen, neue Gewohnheiten, neue Technologien – vor allem auch im IT und Internetbereich – lassen sich nicht aufhalten. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger, vorab jüngere

aber auch immer ältere, nutzen das Internet tagtäglich. Kriens mit 26'000 Einwohnern hat ein gutes Potential für elektronische Dienste.

Pilotbetriebe gibt es verschiedene in der Schweiz. Kriens soll nicht Forschung und Entwicklung betreiben, aber bei den Förderern von elektronischen Diensten mitmachen.

Die SP/Grüne sehen diese elektronischen Dienste als Zusatz-Dienstleistung und fordern keine kürzeren Öffnungszeiten von Schaltern und Büros. Kriens soll keinen Alleingang wagen (keine Experimente). Einfluss auf interne Verwaltungsprozesse und administrative Abläufe, Schnittstellen zwischen den Bereichen sind Eigenschaften solcher aufwändiger (sehr kostenintensiver) Projekte.

Weitere dringende Anliegen der SP/Grüne an den Gemeinderat sind die Beteiligung an anderen Projekten, gemeinsame Konzepte, Synergien in der Softwareentwicklung, Vereinheitlichung der verwaltungsinternen Prozesse, übernehmen von Standards, Erfahrungsaustausch usw., der Datenschutz und die Sicherheitsbestimmungen.

Die Frage, was es dem Bürger bzw. dem Kunden bringt und wie gross das der Kreis der potentiellen Nutzer ist, sollte man jedoch immer im Auge behalten. Im weiteren sehen die SP/Grüne das E-Government als gute Möglichkeit für die Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden.

In der Voraussicht, dass der Gemeinderat diese Aspekte berücksichtigt, unterstützen die SP/Grüne diese Motion.

René Hug namens der FDP-Fraktion findet das E-Government eine gute Sache. Wenn der Bürger nicht zur Verwaltung kommt, kommt die Verwaltung zum Bürger. Dienstleistungen die über diesen Weg bezogen werden können, sieht er als effiziente Verwaltung. Die E-Government-Lösung ist nicht bürgernah aber auch nicht bürgerfremd.

Stefan Meyer erwähnt, dass die Gemeindeangestellten sehr flexibel sind und dass man auch ohne Problem eine ID-Karte ausserhalb der Schalteröffnungszeiten beantragen kann, wenn man im vornherein einen Termin vereinbart. Diese Tatsache erfreut ihn sehr.

Für Daniel Piazza ist es ein Anliegen, dass die Leistungen dieselbe Qualität und die gleichen Preise wie heute beibehalten und der Datenmissbrauch im Auge behalten wird. Evtl. könnte dieses Projekt auch Gemeindegrenzen übergreifend angepackt werden.

Abstimmung

Mit 20:2 Stimmen wird diese Motion überwiesen.

8. Interpellation Kunz namens der CVP/JCVP-Fraktion:
Cablecom

Nr. 175/07

Schriftliche Beantwortung des Gemeinderates:

Nach verschiedenen Abklärungen sowie einer Stellungnahme des Bundesamtes für Kommunikation BAKOM und der Firma Cablecom nimmt der Gemeinderat zu den Fragen der Interpellanten wie folgt Stellung:

Kabelnetzbetreiberinnen, welche bisher vom BAKOM eine Konzession für die Weiterverbreitung von Radio- und Fernsehprogrammen erteilt erhielten, gelten seit 1998 auf Grund der Revisionen des FMG (Fernmeldegesetz vom 30. April 1997) und des RTVG (Bundesgesetz vom 24. März 2006 über Radio und Fernsehen) als Weiterverbreiterinnen und Fernmeldedienstanbieterinnen. Fernmeldedienstanbieterinnen müssen sich beim BAKOM melden und unterstehen als solche den Bestimmungen des FMG und für die Verbreitung von Radio- und Fernsehprogrammen dem novellierten RTVG.

Mit der Anbieterin Cablecom hat der Preisüberwacher zusätzlich eine einvernehmliche Lösung getroffen, welche bis 31. Dezember 2009 gültig ist und vorschreibt, dass mindestens 25 bis 30 analoge Programme übertragen werden müssen und die Preisobergrenze pro Anschluss und Monat auf brutto CHF 24.85 (für 2008) und CHF 26.45 (für 2009) festschreibt.

1. Welche Meinung hat der Gemeinderat bezüglich dem geschilderten Vorgehen von Cablecom?

Cablecom wie auch die Antennengenossenschaft Dattenberg bieten TV- und Radioprogramme als Weiterverbreiterinnen und Internet/Datendienste sowie Telefonie als Fernmeldedienstanbieterinnen an. Die Kunden wie auch die Hauseigentümer sind dabei frei, die Angebote dieser Anbieter anzunehmen oder Angebote anderer Anbieter zu wählen.

Eine weitere Beurteilung der Geschäftstätigkeit nimmt der Gemeinderat nicht vor.

Der Gemeinderat geht davon aus, dass die Entwicklung in Richtung digitales Fernsehen geht und der analoge Empfang früher oder später nicht mehr möglich sein wird.

Aus Sicht des BAKOM ist der Umbau der Fernmeldenetze auf digitale Übertragung grundsätzlich positiv zu werten. Nebst verbesserter Qualität der Ausstrahlung von Bild und Ton wird auch die Verbreitung einer grösseren Anzahl von Programmen ermöglicht. Dank der Digitalisierung ist beispielsweise die Swisscom seit einigen Monaten in der Lage, den Empfang von Radio- und Fernsehprogrammen via Telefonleitung anzubieten.

Die Cablecom signalisierte anlässlich einer Besprechung mit Gemeindevertretern, dass sie, solange kundenseitig ein entsprechender Bedarf besteht, wie gewohnt auch analoge Programme verbreiten kann und das tatsächlich auch über die vom Preisüberwacher und vom RTVG definierte Grundversorgung hinaus tun wird.

2. Auf welche Dauer sind die Konzessionsverträge mit Cablecom und anderen Anbietern abgeschlossen? Zu welchen Konditionen?

Der Kabelverteilnetz-Vertrag mit der Cablecom und der Antennengenossenschaft Dattenberg wurde am 10. August 1977 auf die Dauer von 30 Jahren abgeschlossen. Er läuft weitere fünf Jahre weiter, sofern weder die eine noch die andere Partei ihn unter Einhal-

tung einer Drei-Jahres-Frist vor Ablauf kündigt. Kündigt von den Kabelnetzfirmen nur eine, so gilt der Vertrag für die anderen weiterhin, soweit keine Kündigung erfolgt ist. Bis heute hat keine der Vertragsparteien den Vertrag gekündigt. Dieser läuft somit weitere fünf Jahre bis 10. August 2012.

Der Gemeinderat Kriens geht davon aus, dass der Vertrag aus dem Jahre 1977 – mit Ausnahme der konzessionsrechtlichen Bestimmungen – nach wie vor Gültigkeit hat. Die Vertreter der Cablecom haben grundsätzlich signalisiert, dass sie dieser Argumentation folgen können. Eine schriftliche Bestätigung liegt dem Gemeinderat jedoch nicht vor.

Nebst der Vertragsdauer ist auch das Vorkaufsrecht zu Gunsten der Gemeinde Kriens eine wesentliche Vertragsbestimmung. Gleichzeitig verpflichteten sich die Kabelnetzfirmen, ihre Verteilanlagen gut zu unterhalten und dem technischen Fortschritt anzupassen. Für die Gemeinde vorteilhaft ist ferner der Umstand, dass sich die Cablecom verpflichtete, die öffentlichen Gebäude inklusive Altersheime gratis mit dem Grundangebot von Radio- und TV-Programmen zu beliefern.

Auf den 1. Januar 1998 trat das neue Fernmeldegesetz in Kraft. Auch Teile des Radios- und Fernsehgesetzes sowie die Verordnung des Bundes in diesem Bereich veränderten sich auf diesen Termin. Dies hat auch Auswirkungen auf das Verhältnis zwischen den Gemeinden und den Kabelnetzbetrieben:

- Durch die vom Gesetzgeber festgeschriebene Liberalisierung entfällt die Erteilung von Leitungsmonopolen in den Gemeinden.
 - Die konzessionsrechtlichen Grundlagen der Konzessionsverträge der Gemeinden mit ihren örtlichen Kabelnetzbetreibern wurden durch neues Bundesrecht entzogen.
 - Jeder Inhaber einer Konzession des Bundes für Fernmeldedienste oder Kabelfernsehen hat einen Anspruch auf die entschädigungslose Benützung des öffentlichen Grundes.
 - Die bisherigen Gemeindekonzessionen werden durch eine einfache und unentgeltliche Bewilligung für die Benützung des öffentlichen Bodens ersetzt. Das Bewilligungsverfahren dient vor allem der Koordination von Tiefbauarbeiten und der gemeinsamen Nutzung von bestehenden Leitungskanälen. Die Gemeinden können dafür ihren Aufwand in Form einer Gebühr geltend machen. Der Städteverband hat dafür eine Mustervereinbarung zur Verfügung gestellt.
 - Die Genehmigungspflicht für Tarife, Konditionen und Leistungen (wie Programmangebot etc.) des Kabelfernsehens durch die Gemeinde fällt dahin.
3. Ist Cablecom bezüglich der Art der Übertragung frei, oder bestehen irgendwelche technologische oder bautechnischen Vorschriften?

Das BAKOM nahm wie folgt Stellung:

Betreffend der Inanspruchnahme von Grund und Boden im Gemeingebrauch (wie Strassen, Fusswege, öffentliche Plätze, Flüsse, Seen sowie Ufer), sieht Art. 35 FMG vor, dass deren Eigentümerinnen und Eigentümer grundsätzlich verpflichtet sind, den Anbieterinnen von Fernmeldediensten die Benützung dieses Bodens für Bau und Betrieb von Lei-

tungen und öffentlichen Sprechstellen zu bewilligen, sofern diese Einrichtungen den Gemeindegebrauch nicht beeinträchtigen. Dabei nehmen Anbieterinnen von Fernmeldediensten Rücksicht auf den Zweck und die Nutzung des in Anspruch genommenen Grundstücks und tragen die Kosten für die Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes. Sie sind verpflichtet, ihre Leitungen zu verlegen, wenn von der Grundeigentümerin oder vom Grundeigentümer eine Benützung des Grundstücks beabsichtigt ist, die sich mit der Leitungsführung nicht verträgt. Die Bewilligung ist in einem einfachen und raschen Verfahren zu erteilen. Ausser kostendeckenden Gebühren darf eine Entschädigung für die Inanspruchnahme von Grund und Boden, soweit sie den Gemeindegebrauch nicht beeinträchtigt, nicht verlangt werden. Fernmeldediensteanbieter dürfen dieses Recht unentgeltlich beanspruchen und unterstehen lediglich den im FMG vorgesehenen Pflichten. Darüber hinaus gehende Bedingungen dürfen die Gemeinwesen nicht stellen, namentlich nicht die Inanspruchnahme des Bodens von der Möglichkeit abhängig machen, bei der Tarifgestaltung mitzureden. Eine derartige Bedingung wäre verfassungswidrig, weil sie gegen die verfassungsrechtliche Kompetenzordnung verstossen würde.

4. Beinhalten diese Verträge eine Mindestleistung der Cablecom, z.B. eine Mindestanzahl von Sendern in unseren Landessprachen, empfangbar für die Mehrheit der Abonnenten, so wie das vor kurzem der Fall war?

Laut BAKOM sind Betreiber von Verbreitungsnetzen, wie beispielsweise die Firma Cablecom GmbH, gemäss dem Bundesgesetz über Radio und Fernsehen RTVG weitgehend frei bei der Auswahl der Programme, die sie verbreiten wollen. Eine eigentliche flächendeckende und erschwingliche Grundversorgung mit Diensten für alle Bevölkerungskreise in allen Landesteilen, wie sie im Fernmeldebereich besteht, gibt es für Radio- und Fernsehprogramme grundsätzlich nicht. Die Pflicht zur Verbreitung besteht beim Fernsehen auch nur für die Programme der SRG (ohne SF Info) sowie für gewisse andere Programme (sog. Programme mit Leistungsauftrag), die im Gebiet des betreffenden Verbreitungsnetzes verbreitet werden.

Seit dem 1. April 2007 enthält das analoge Pflichtangebot nebst den genannten SRG-Programmen, zusätzlich die ausländischen Programme arte, 3sat, TV 5, Euronews, Rai Uno, France 2, ORF 1 und ARD. Betreiber von Kabelnetzen, die in der Lage sind, analoge Programme zu übertragen, müssen diese "Pflichtprogramme" auch verbreiten. Bis auf weiteres muss dieses analoge Pflichtangebot für die Teilnehmer und Teilnehmerinnen ohne zusätzliche Geräte, wie Set-Top-Box, direkt ab Steckdose empfangbar sein.

Alle anderen Fernsehprogramme unterstehen dieser Verbreitungspflicht nicht. Es ist den Netzbetreibern daher freigestellt, diese Programme in einem digitalen Datenstrom zu übertragen oder auch vollständig aus dem Angebot zu entfernen.

Die Kabelnetzbetreiberin erklärte zuhanden des Gemeinderates:

Cablecom ist im Herbst 2006 unter starken Beschuss in den Medien und in der Öffentlichkeit geraten, weil sie seit geraumer Zeit immer wieder einzelne Sender aus ihrem analogen TV-Programmangebot abgeschaltet hatte. Die Begründung hierfür war eine zweifache: Einerseits wollte Cablecom ihr digitales TV-Angebot weiter ausbauen, andererseits ist die Kabelnetzkapazität völlig ausgelastet, so dass aus technischen Gründen kein Weg an der Abschaltung einzelner, nach der jeweiligen Zuschauerreichweite ausgewählter analoger Sender vorbei führte. Andere Kabelnetzbetreiber, welche ihr Netz schon früher auf eine Bandbreite von 862 MHz ausgebaut hatten (Cablecom verfügt nur über eine Netz-

bandbreite von 606 MHz), konnten demgegenüber ihre digitalen Programmangebote bis anhin ohne Abschaltungen analoger Kanäle erweitern.

Wie Cablecom anfangs Juli 2007 über die Medien mitgeteilt hat, kommt sie im weiteren Fortgang des Digitalisierungsprozesses und im Zuge der Einführung von neuen HDTV-Angeboten nicht mehr darum herum, auch ihre Kabelnetze sukzessive auf 862 MHz auszubauen. – Kriens gehört zusammen mit der Stadt Luzern und einigen weiteren umliegenden Gemeinden zu den Ersten, in denen dieser Netzausbau im Herbst 2007 beginnen und im Jahre 2008 abgeschlossen sein wird. Daraufhin wird Cablecom vorderhand nicht mehr dazu gezwungen sein, für jedes neu aufzuschaltende digitale Angebot analoge Sender zu opfern.

Seit dem 1. Januar 2000 reguliert der Preisüberwacher das Leistungsangebot und die Tarifgestaltung von Cablecom. Im Rahmen von einvernehmlichen Vereinbarungen mit Cablecom hat er seither die Mindestanzahl der analog und digital zu verbreitenden TV-Programme sowie den monatlichen Abonnementspreis gesamtschweizerisch festgelegt.

Unabhängig hiervon legt das total revidierte, am 1. April 2007 in Kraft getretene RTVG neu ebenfalls eine Art Grundversorgung mit analog und digital zu verbreitenden Radio- und TV-Programmen fest. Gemäss Art. 59 und 60 RTVG sowie Art. 52ff. RTW müssen die Kabelnetzbetreiber bis zu 25 TV-Programmen analog und somit unverschlüsselt übertragen, welche vom Bundesrat bzw. vom BAKOM bestimmt werden. Darüber hinaus sind die Kabelnetzbetreiber im Rahmen der medien- und strafgesetzlichen Vorschriften des Bundes bezüglich ihres Programmangebots allerdings frei.

5. Verlangt die Gemeinde von den Providern den Ausschluss von Signalen die Gewalt, Pornographie, Pädophilie, Störung der öffentlichen Ordnung, politischer Extremismus oder irgendwelche strafbare Handlungen verherrlichen oder nicht ablehnen?

Gemäss der verfassungsrechtlich garantierten Medienfreiheit (Art. 17 BV4) ist die Zensur verboten. Das BAKOM hält fest, dass ausgestrahlte Sendungen mit allfällig widerrechtlichem Inhalt strafrechtlich verfolgt werden können. Dementsprechend ist es der Gemeinde nicht erlaubt, vorgängig vom jeweiligen Anbieter das Verbot der Ausstrahlung gewisser Sendungen zu verlangen. Auch darf sie das Durchleitungsrecht nicht an die Bedingung knüpfen, hinsichtlich der Zusammensetzung des verbreiteten Programmangebots mitbestimmen zu können. Eine derartige Forderung würde nicht allein die verfassungsmässige Kompetenzordnung verletzen. Sie würde sich darüber hinaus nicht mit der Praxis des Bundesgerichtes vertragen, wonach die Nutzung des öffentlichen Bodens durch Private nicht mit einer Zensur des Inhaltes der zu verbreitenden Meinungen oder Ideen verknüpft werden darf.

Die gesetzlichen Anforderungen an den Programminhalt, wie beispielsweise der Schutz von Minderjährigen, richten sich vorderhand an die Veranstalter von Programmen und nicht an die Fernmeldedienstanbieterin oder gar an die entsprechende Gemeinde.

6. Ist der Gemeinderat bereit darüber nachzudenken, ob er nach Ablauf des Konzessionsvertrages ein anderer Anbieter zum Zuge kommen lassen will?

Grundsätzlich steht es jedem Kabelnetzbetreiber frei, beim Bund um eine Konzessionsbewilligung zu ersuchen.

Die Gemeinde Kriens geht davon aus, dass es sich bei der Vertragsdauer um eine Bestimmung handelt, die nach wie vor Gültigkeit hat. Unter diesem Gesichtspunkt ist es der

Gemeinde grundsätzlich möglich, unter Einhaltung der Kündigungsfrist, diesen Vertrag zu kündigen. Für die vertraglichen Folgen bei einer Kündigung verweisen wir Sie auf Ziffer 7 nachstehend.

Im Zusammenhang mit dem Entscheid, den Vertrag zu kündigen, stellt sich dann auch die Frage einer allfälligen Übernahme der bestehenden Anlage und die damit zusammenhängenden Investitionen.

Der Gemeinderat kann jedoch auf den Zeitpunkt des nächstmöglichen Kündigungstermins hin, eine allfällige Auflösung des Vertrages sowie die Übernahme der bestehenden Anlagen zum Verkehrswert prüfen.

7. Gehen nach Ablauf des Konzessionsvertrages Leitungen und Apparate in das Eigentum der Gemeinde über oder müssen sie vom Konzessionsnehmer entfernt werden?

Bei Vertragsabschluss 1977 wurde folgendes festgehalten: Wird der Vertrag nach erfolgter Kündigung nicht erneuert oder fällt die PTT-Konzession einer berechtigten Kabelnetzfirma entgültig dahin, so gilt bezüglich der Netzanlagen folgendes:

- a) Die Gemeinde Kriens ist befugt, die bestehenden Anlagen und erworbenen Rechte zum Verkehrswert zu übernehmen, wobei sich ein allfälliges Schätzungsverfahren nach dem kantonalen Expropriationsrecht richtet.
- b) Übt die Gemeinde Kriens dieses Recht nicht aus, so ist die Kabelnetzfirma berechtigt, aber nicht verpflichtet, ihre Anlagen und Leitungen zu entfernen und vorbehaltlich des Vorverkaufsrechtes der Gemeinde zu verkaufen.

Das BAKOM weist daraufhin, dass Leitungen zur fernmeldetechnischen Übertragung von Informationen und Kabelkanäle gemäss Art. 37 FMG im Eigentum der Anbieterinnen von Fernmeldediensten stehen, die sie erstellt oder von Dritten erworben haben. Wie bereits unter Frage 3 ausgeführt, tragen die Fernmeldediensteanbieterinnen die Kosten für eine allfällige Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes.

8. Könnte es eintreffen, dass aufgrund dieser unbefriedigenden Situation in Kriens vermehrt Satellitenschüsseln installiert werden könnten?

Die Zulässigkeit von Satellitenempfangsanlagen ist nach den kantonalen Bauvorschriften zu beurteilen. Das BAKOM weist daraufhin, dass die Kantone gestützt auf Art. 67 RTVG in bestimmten Gebieten das Errichten von Aussenantennen verbieten, wenn dies für den Schutz bedeutender Orts- und Landschaftsbilder, geschichtlicher Stätten oder von Natur- und Kunstdenkmälern notwendig ist und der Empfang der in der Region üblichen Programme unter zumutbaren Bedingungen gewährleistet bleibt.

Die Baugesuche für Satellitenschüsseln (ab einer Grösse von 60 cm) nahmen in der letzten Zeit vermehrt zu. Aus welchen Gründen, kann nicht eruiert werden.

Der Gemeinderat hofft, die Fragen mit diesem Schreiben ausführlich beantwortet zu haben.

Der Vorsitzende fragt den Interpellanten an, ob dieser mit der Beantwortung zufrieden ist.

Hansruedi Kunz ist zufrieden, wünscht aber trotzdem die Diskussion.

Der Vorsitzende stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Hansruedi Kunz bedankt sich für die ausführliche und gute Beantwortung seiner Fragen. Er hat zwei Anmerkungen. Im Bezug auf Ziffer 3 der Beantwortung bei der es sich um kostendeckende Gebühren handelt, geht der Sprecher davon aus, dass diese auch wirklich einverlangt werden. Im Bezug auf Ziffer 4 der Beantwortung kommen die Probleme, welche die Cablecom mit der Übertragung hat, daher, dass sie nicht auf dem neusten technischen Stand ist.

9. Interpellation Baumann und Mitunterzeichnende: Lärmiger Nachtverkauf an der Gallusstrasse

Nr. 191/07

Schriftliche Beantwortung des Gemeinderates:

Der Gemeinderat bezieht sich auf die Interpellation von Franz Baumann und Mitunterzeichnende und nimmt zu den gestellten Fragen wie folgt Stellung:

1. Auf Grund welcher Ausnahmegewilligung ist es der Bäckerei an der Gallusstrasse erlaubt, ab morgens 01.00 Uhr Produkte zu verkaufen?

Das Ruhetags- und Ladenschlussgesetz des Kantons Luzern regelt die Ruhetage und Ladenschlusszeiten. Dieses Gesetz findet jedoch keine Anwendung auf Bäckereien und Konditoreien.

Für die Bäckereien, Konditoreien und Confisereien mit der Produktion beschäftigte Arbeitnehmenden sieht Art. 27 der Verordnung 2 zum Bundesgesetz über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel Sonderbestimmungen vor. Folglich sind Arbeitseinsätze in der Nacht gesetzeskonform. Nicht erlaubt ist jedoch der Einsatz von Verkaufspersonal während der Nacht (22.00 – 06.00 Uhr).

Ausgenommen vom Arbeitsgesetz sind u.a. Selbständigerwerbende, Familienbetriebe und Arbeitnehmende in höheren leitenden Positionen.

Der in der Interpellation erwähnte Bäckereibetrieb an der Gallusstrasse hält die gesetzlichen Bestimmungen für den Nachtverkauf ein.

2. Teilt der Gemeinderat die Ansicht, dass eine solche nächtliche Umsatzsteigerung des Gewerbes an die Bedingung geknüpft sein muss, dass der Gewerbebetrieb Vorkehrungen trifft für die Einhaltung der Nachtruhe vor seinem Verkaufslokal?

Grundsätzlich sind die gesetzlichen Bestimmungen massgebend für die Führung eines Nachtbetriebs.

Der Gemeinderat teilt die Meinung der Interpellanten, dass übermässige Lärmimmissionen eingeschränkt werden müssen und die Bewohner an der Gallusstrasse Anrecht auf Nachtruhe und Ordnung haben.

3. Mit welchen Massnahmen setzen die Behörden das Recht der Anwohner auf Nachtruhe in diesem Gebiet durch?

Abklärungen ergaben, dass die gesetzlichen Bestimmungen (Ruhetags- und Ladenschlussgesetz / Arbeitsgesetz) eingehalten werden.

Somit kann die Gemeinde Kriens nur im Bereich Bau- und Zonenreglement aktiv werden. Das Geschäftslokal befindet sich in der Zentrumszone mit der Empfindlichkeitsstufe III. Gemäss Bau- und Zonenreglement sind in dieser Zone *..Wohnungen sowie höchstens mässig störende Gewerbe-, Geschäfts- und Dienstleistungsbetriebe..* gestattet. Gemäss Lärmschutzverordnung kann auf Klage hin eine Lärmmessung verlangt werden. Falls die Grenzwerte überschritten werden, kann der Betrieb eingeschränkt oder geschlossen werden.

Nach verschiedenen Klagen und einem nachfolgenden Gespräch mit dem Besitzer des Bäckereibetriebes wurden bereits im Herbst 2006 erste Massnahmen eingeleitet. Aufgrund der zunehmenden Lärmbelastung, welche sich – wie in der Interpellation richtig festgestellt - vor allem in der warmen Jahreszeit verschärft, führte das Baudepartement mit der Polizei und dem Besitzer des Bäckereibetriebes am 29. Juni 2007 ein erneutes Gespräch über die Auswirkungen des – legitimen – Nachtverkaufs. Dabei wurden verschiedene Massnahmen, wie Überprüfung und Neudefinierung des bestehenden Sicherheitskonzeptes, besprochen und verlangt.

In der Zwischenzeit nahm das Umwelt- und Sicherheitsdepartement mit dem Gewerbebetrieb Kontakt auf, um das bestehende Sicherheitskonzept des Bäckereibetriebes in das zukünftige Gesamtkonzept "Sicherheit in der Gemeinde Kriens" zu integrieren. Zudem engagiert sich der Inhaber der Bäckerei persönlich dafür, dass die Gallusstrasse frühmorgens vom Littering befreit ist.

Mit den eingeleiteten Massnahmen soll eine deutliche Verringerung der Lärmbelastungen aus dem Nachtverkauf des Bäckereibetriebes erreicht werden. Der Gemeinderat setzt sich für die Einhaltung der Nachtruhe ein und wird, falls notwendig – im Gespräch mit dem Inhaber des Gewerbebetriebes – weitergehende Massnahmen prüfen und durchsetzen.

Der Gemeinderat hofft, Franz Baumann und Mitunterzeichnende mit diesen Angaben zu dienen.

Der Vorsitzende fragt den Interpellanten an, ob dieser mit der Beantwortung zufrieden ist.

Franz Baumann ist zufrieden mit der Beantwortung der Interpellation und diejenigen Personen, welche dieses Problem an ihn herangetragen haben, sind mit der momentanen Situation auch zufrieden.

Verschiedenes

Hansruedi Kunz hat das Anliegen, dass die Einwohnerratssitzungen künftig in der Regel um 18:30 Uhr beendet sein sollten, damit genügend Zeit bleibt, um noch gemeinsam etwas zu trinken, zu essen und Gedanken auszutauschen.

Erich Tschümperlin hat eine andere Meinung zu diesem Thema. Da er berufstätig ist, wäre er froh, wenn er nur einen halben und nicht einen ganzen Tag vom Geschäft weg muss, damit er an den Einwohnerratssitzungen teilnehmen kann.

Joe Brunner beschliesst, dieses Thema im Ratsbüro zu besprechen.

Schluss

Joe Brunner weist darauf hin, dass am 25. November eine wichtige Abstimmung stattfindet und ruft alle dazu auf sich an derselben zu beteiligen und abzustimmen.

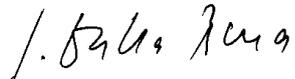
Im Anschluss an die Sitzung trifft man sich in der Krienserhalle. Die Sitzung wird um 19:10 Uhr geschlossen.

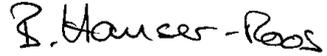
Genehmigung durch das Büro des Einwohnerrates

Der Einwohnerratspräsident:


Joe Brunner

Die Stimmenzählerinnen


Johanna Dalla Bona


Bernadette Hauser-Roos

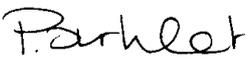
Der Gemeindeschreiber:


Robert Lang


Guido Solari

Die Protokollführerinnen:


Anja Lussi


Petra Burkhart


Alexandra Renggli